

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2 / 2014

Europa im Fokus unserer Tagungen



EU-Energiekommissar Günther Oettinger wandte sich beim Jahresempfang der Akademie gegen deutsche Selbstzufriedenheit und Isolationstendenzen im Bund und den Ländern Foto: v. Opalinski

Die kommende Wahl zum Europäischen Parlament im Mai prägte zahlreiche Veranstaltungen der Akademie in den vergangenen Wochen. Prominenter Redner beim Jahresempfang in München war der EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger. Er nutzte seinen Vortrag für einen Rundumschlag gegen „selbstzufriedene Nationalstaatsprediger und Fortschrittsverweigerer“. **Siehe Seite 3**

Der Generalkonsul der USA in Bayern, William E. Moeller, betrachtete in Passau den europäischen Einigungsprozess aus amerikanischer Perspektive und sah Europa gar „als Modell für die Welt“. **Siehe Seite 10**

Die Themen Freizügigkeit und Migration in Europa standen im Mittelpunkt einer Tagung in Bamberg. Dort sprachen unter anderem die bayerische Europaministerin Beate Merk und die Europa-Abgeordneten Monika Hohlmeier (CSU) und Barbara Lochbihler (B90/Grüne).

Siehe Seite 5

Den Funktionswandel und die Aufgabenprofile des neuen EU-Parlaments diskutierten in Tutzing der frühere Parlamentsvizepräsident Ingo Friedrich und der ehemalige Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* Theo Sommer. **Siehe Seite 7**

Weitere Themen im Heft:

Boomtown München – Ödnis auf dem Land?	S. 11
Recherchen am rechten Rand	S. 13
Medienpädagogik im digitalen Umbruch	S. 17
Krieg, Gewalt und Religion	S. 21
Neue Interpretationen des Ersten Weltkriegs	S. 24



Im Mai wählen die EU-Bürgerinnen und -Bürger das neue Parlament – hier ein Blick in den Plenarsaal in Strasbourg

Foto: Claude Truong-Ngoc / wikimedia commons

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Gegen selbstzufriedene Nationalstaatsprediger	3	Akademiedirektorin: Prof. Dr. Ursula Münch
Europa auf Wanderschaft: Bedrohung oder Chance?	5	Vorsitzender des Kuratoriums: Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Funktionswandel und Aufgabenprofile des Europa-Parlaments bis 2019	7	Vorsitzender des Beirats: Prof. Dr. Klaus Meisel
Karl Jaspers-Preis für Hans Maier	9	Kollegium: Dr. Saskia Hieber <i>Internationale Politik</i>
Europa als Modell für die Welt	10	Dr. Andreas Kalina <i>Gesellschaftlicher und politischer Wandel</i>
Boomtown München – Ödnis auf dem Land?	11	Dr. Gero Kellermann Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Recherchen am rechten Rand	13	Dr. Michael Mayer Zeitgeschichte
Gesellschaften im Wandel	16	Dr. Anja Opitz Internationale Politik
Medienpädagogik im digitalen Umbruch	17	Dr. Wolfgang Quaisser Wirtschafts- und Sozialpolitik
Klimawandel und Konflikte	20	Dr. Michael Schröder Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Krieg, Gewalt und Frieden in den Religionen	21	Dr. Manfred Schwarzmeier Organisationsreferent Parlamentarismus- und Parteienforschung
Neue Interpretationen des Ersten Weltkriegs	24	Jörg Siegmund M.A. Pers. Referent der Direktorin Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation
Gästehaus der Akademie wurde 40	26	Dr. Michael Spieker Ethische und theoretische Grundlagen der Politik
Pressespiegel	27	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Sebastian Haas
Themen – Tagungen – Termine	29	
Namen und Nachrichten	32	
		Akademie-Report
		Herausgeber:
		Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing
		Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
		Internet: http://www.apb-tutzing.de
		E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de
		Redaktion:
		Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
		Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
		Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus
		Druck:
		Satz & Druck Peter Molnar
		Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing
		Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
		Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
		ISSN 1864-5488

Gegen selbstzufriedene Nationalstaatsprediger

Jahresempfang mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger

Die Münchner Meinungsführer müssen offenbar von der Wichtigkeit Europas, europäischer Zusammenhänge und den bevorstehenden Europawahlen nicht mehr überzeugt werden – anders als der Großteil der enttäuschten Bevölkerung. Das zeigte jedenfalls deutlich der Jahresempfang unserer Akademie mit dem Festredner Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energiepolitik. Dennoch waren es vor allem warnende Töne, die vom Podium in der Münchner Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Richtung der gut 250 Gäste drangen.

Oettinger bemerkt Selbstzufriedenheit und Isolationstendenzen im Bund, Bayern und Baden-Württemberg. Der CSU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Markus Ferber, fürchtet offensichtlich eine noch geringere Beteiligung als bei der Stimmabgabe auf kommunaler Ebene im März 2014. Akademiedirektorin Ursula Münch erkennt ein verheerendes Bild der Bürger von Politikern und Politik. Man

hätte sich also ernsthafte Sorgen um den Zustand der EU machen können, wäre da nicht der Vorsitzende der Europa-Union München, Stavros Kostantinidis gewesen, der einmal mehr bewies: Europa kann auch anpacken, charmant sein, netzwerken, integrieren und begeistern.

„Es muss etwas in der Luft liegen“, meinte Europaparlamentarier Markus Ferber mit Blick auf München: Eine

Regierungserklärung der bayerischen Europaministerin Merk, eine große Demonstration gegen das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen, Auftritte von Jean-Claude Juncker und Martin Schulz.

Angst vor niedriger Wahlbeteiligung

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai werfen ihre Schatten voraus – und fallen in eine Zeit, in der die Nachwirkungen der Finanzkrise dazu führen, dass immer lauter demokratische Defizite in der EU beklagt und das Überdenken des Einnungsprozesses gefordert werden.

So richtete CSU-Mann Ferber vor allem den Appell an seine Zuhörer, das System Europa durch den Gang zur Wahl zu legitimieren, stellte aber gleichzeitig fest: Interessant sind solche Worte wohl nur für politisch Interessierte, längst nicht mehr für Otto Normalbürger. Eine ähnliche Sicht vertritt Ursula Münch: Nach ihrer Ansicht entscheidend ist das Bild, das die Leute von der Politik haben – und der bescheinigen sie keine Wirkungsmacht gegen die konkurrierende Parallelwelt der Finanzmärkte.

Warum also europäisch wählen gehen, wenn zudem von einer europäischen Parteien-, Wissens-, oder Medienlandschaft noch längst nicht die Rede sein kann? Münch gibt den politisch Aktiven einen Rat: „Deutlich machen, worauf sie Einfluss haben, worauf nicht, und vor allem: warum nicht.“ Dann be-



Hauptakteure eines europäischen Abends: Der Vorsitzende der Europa-Union München Stavros Kostantinidis, Akademiedirektorin Ursula Münch und EU-Energiekommissar Günther Oettinger (von links)

Fotos: v. Opalinski

* Gemeinsam mit der Europa-Union München, der Griechischen Akademie, den Jungen Europäern München und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung

stunde zumindest noch eine geringe Chance, dass die Wahlurnen im Mai nicht erschreckend leer bleiben.

Fortschrittsverweigerer

Oettingers Vortrag hatte denn auch das vielsagende Motto: Die Herausforderungen für die Europäische Union nach der Europawahl 2014 – und er nutzte dies für einen breiten Rundumschlag gegen seiner Ansicht nach selbstzufriedene Nationalstaatsprediger und Fortschrittsverweigerer.

Nationalstaatliches Denken und Handeln ist zwar auch für den EU-Kommissar selbstverständlich, geschehen aber muss es in Verantwortung für ganz Europa. „Wollen wir nur Wohlstand für unsere Generation und in unserer eigenen Ackerfurche, dann brauchen wir Europa nicht. Wollen wir aber globale Autorität ausüben gegenüber den USA und China, dann müssen wir europäisch denken.“ Ohne eine gemeinsame Linie in der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik – so schwierig sie auch zustande gekommen sein mag – „hätte Putin in der gesamten Ukraine leichtes Spiel gehabt.“ Da ist sich Oettinger sicher. Vor diesem Hintergrund verteidigte er auch die (zu)

frühe Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU: „Sonst würden die jetzt zappeln wie die Ukraine“. Darüber hinaus gab sich der EU-Energiekommissar – verständlich in seiner Position und an einem Veranstaltungsort wie der Deutschen Bundesbank – als Mann der Wirtschaft, des Freihandels, und mehr oder minder gut kaschiert auch als einer der Atomkraft.

„Verantwortungslose Sozialpolitik“

Europas Stärke, Schwäche und Reformbedarf zeigen sich nach Meinung Oettingers in drei einfachen Zahlen: Sieben Prozent der Weltbevölkerung leben in Europa, sie erbringen 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und sind verantwortlich für die Hälfte der weltweiten Sozialprogramme. „Vor diesem Hintergrund erscheint mir die deutsche Sozialpolitik verantwortungslos“, sagte Oettinger. Mit einer Rente mit Anfang 60, einem Mindestlohn für alle Branchen und der Verleugnung der sinnvollen Agenda 2010 lasse sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht erhalten. Deutschland drohe wieder zum kranken Mann Europas zu werden.

In diesem Zusammenhang forderte Oettinger gerade in Bayern („ein besonderes Glückskind des europäischen Wohlstands“) mehr Respekt für alle Einwanderer ein, die mit großem persönlichen Einsatz oft die Lücken füllten, die eine veraltete deutsche Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt.

Angst vor Innovation

Die zurückhaltende und grantelnde süddeutsche Seele sorgt beim Mann aus dem Zentrum europäischer Wirtschaftsmacht mittlerweile für Staunen und Besorgnis. Man kritisere Olympische Spiele in Sotschi, die Fußball-WM in Katar, verweigere der Sportjugend der Welt aber ein Großereignis in München, wolle keine Nachtflüge über Frankfurt, keine dritte Startbahn in Freising, kein Stuttgart 21, keine Windkraft, keine neuen Stromtrassen. In der Angst der Bürger vor Innovation, Modernisierung und Investition sieht der EU-Energiekommissar eine große Gefahr für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns, Deutschlands und Europas. ■

Sebastian Haas

Siehe Presseschau S. 28



Volles Haus: Etwa 250 Gäste kamen zum Jahresempfang der Akademie

Europa auf Wanderschaft: Bedrohung oder Chance?

Freizügigkeit ist neben freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr eine der vier Grundfreiheiten, auf die der Europäische Binnenmarkt aufbaut. Doch in Zeiten wachsender Sozialausgaben wird die Freizügigkeit von Personen immer kritischer gesehen. Noch bevor die Politik das Thema leidenschaftlich diskutierte, hatte die Akademie beschlossen, grundsätzlich zu fragen: Wie zentral ist die Freizügigkeit von Personen für die politische Identität der EU? Wie stark wird sie genutzt? Welche Chancen eröffnet sie und welche Risiken birgt sie?

Der mit 200 Personen bis zum letzten Platz gefüllte Saal des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia in Bamberg zeigt das starke Interesse der Bevölkerung an diesem Thema. Akademiedirektorin Ursula Münch hob die Teilnahme mehrerer Schülergruppen besonders hervor. Die bayrische Europaministerin Beate Merk freute nicht nur das Interesse an diesem Thema, mit einem Augenzwinkern verwies sie auch auf die rein weiblich besetzte Diskussionsrunde. Dies zeige, dass Frauen mittlerweile selbstverständlich in allen Bereichen der Politik mitreden.

Harald Parigger, Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, zog einleitend eine Parallele zwischen der deutschen Armuteinwanderung in die USA im 19. Jahrhundert und der gegenwärtigen Einwanderung in die reichen EU-Staaten. Das Beispiel zeige auch die Chancen, die Migration biete: Die Nachfahren dieser Migranten stellten nun Teile der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaftselite wie die Astors, Rockefellers und Goldmans.

Den Abbau von Binnengrenzen als Leitbild der Europäischen Integration diskutierte Martin Große Hüttemann, Vorstand am Europäischen Zentrum für Föderalismusforschung. Die europäische Geschichte sei auch eine Geschichte sich verschiebender Grenzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei die Überwindung dieser Grenzen eine Vision der europäischen Politik gewesen. So habe der jugendliche Helmut

Kohl gemeinsam mit anderen Gymnasiasten aus dem Elsass und der Pfalz Grenzpfähle ausgerissen.

„Generation Easyjet“

Ein Europa ohne Binnengrenzen ist mittlerweile Realität. Die immer günstigeren Reisemöglichkeiten haben eine „Generation Easyjet“ geschaffen, die in ganz Europa zu Hause ist. Durch die Freizügigkeit wurde der klassische Dreischritt von Grenzen – von Staat, Territorium und Volk – aufgelöst. Gleichzeitig sei ein Europa ohne Binnengrenzen kein grenzenloses Europa. Vielmehr haben sich die Grenzen nach außen verschoben und es ließe sich eine wachsende Technisierung des Grenzschutzregimes beobachten.

Für eine statistische Einordnung der aktuellen Migrationsbewegung sorgte Carola Burkert vom Institut für Ar-



Die Referentinnen und Referenten des europapolitischen Abends in Bamberg: (v.l.) Carola Burkert, Martin Große Hüttemann, Harald Parigger, Ursula Münch, Falk Zimmermann, Monika Hohlmeier, Barbara Lochbihler und Beate Merk

Foto: Hering

Die Veranstaltungsreihe „Fragen an Europa“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Akademie für Politische Bildung Tutzing, der Europäischen Akademie Bayern e.V., der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in München.



beitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit dem Beginn der Krise des Euro-Raumes ließ sich ein Anstieg der Migration innerhalb der EU beobachten. Die Menschen zogen aus Osteuropa und den wirtschaftlich geplagten „GIPS – Staaten“ (Griechenland, Italien/Irland, Portugal und Spanien) in den wohlhabenden Nordwesten.

In Deutschland seien in den letzten Jahren jedoch mehr Menschen abgewandert als zugezogen. Gesamt betrachtet leben insgesamt nur 14 Millionen bzw. 2,7 Prozent aller EU-Bürger dauerhaft außerhalb ihres Heimatlandes. Burkert betonte, dass die Einwanderer vor allem in Bayern auf einen

In der anschließenden Diskussion betonte Beate Merk nochmals, dass die CSU die Freizügigkeit bejahe.

Sozialmissbrauch ein Minderheitsproblem

Die Kampagne ihrer Partei richte sich nicht gegen Migration, sondern gegen den Missbrauch der Sozialsysteme. Bayern sei offen für Migranten, betonte Merk. Vor allem die Ausbildungsmigration junger Menschen nach Bayern bezeichnete sie als demographische Chance. Gemeinsam mit Monika Hohlmeier vertrat sie die Ansicht, dass Armutsmigration und Sozialmissbrauch zwar ein Minder-

Das Problem des Sozialmissbrauchs sei übertrieben und überdies mit den existierenden rechtlichen Instrumenten gut handhabbar. Außerdem verwies sie auf die extreme Armut insbesondere der Sinti und Roma in ihren Herkunftsländern. Diese habe Dritte-Welt-Niveau erreicht und drohe weiter zu fallen. Gesundheitsvorsorge und Ausbildung funktionierten nur rudimentär.

Lochbihlers CSU-Kollegin im EU-Parlament Monika Hohlmeier stimmte zu, dass in der gegenwärtigen Debatte oft „Äpfel, Birnen, Grapefruits und Orangen“ verglichen würden. Außerdem forderte sie, dass die von Lochbihler genannten Probleme in den Heimatländern verstärkt angegangen werden. Sie sei stolz, dass viele junge Menschen zur Ausbildung und zum Studium nach Bayern kämen. Dies solle als Chance genutzt werden, deren Heimatländer wirtschaftlich aufzubauen. Der „Brain-Drain“ dürfe das Wohlstandgefälle zwischen den EU-Staaten nicht weiter verstärken, so Hohlmeier. Sie wünsche sich, dass in zwanzig Jahren Armut niemanden innerhalb der EU mehr zur Migration zwinge.

Aus dem Publikum beklagte Birgit Seelbinder, Oberbürgermeisterin von Marktredwitz und Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS, dass die öffentliche Debatte am eigentlichen Problem in Bayern vorbei ginge: In den

Landkreis Wunsiedel zögen im Moment viele spanische Jugendliche, um eine Ausbildung zu absolvieren. Diese und anderen finanziell klammen Landkreisen fehlten die Mittel, um Sprachkurse und Integrationshilfen für diese jungen Menschen bereit zu stellen. ■

Katharina Hering



Bayerische Zuwanderungskontrolle

Zeichnung: Tomicek

sehr aufnahmefreien Arbeitsmarkt mit teils chronischem Fachkräftemangel treffen. Sie warnte vor einer Überschätzung der in den Medien kursierenden ökonomischen und sozialen Probleme durch Migration, die bundesweit nur in vier bereits strukturschwachen Kommunen wie Dortmund und Duisburg bestehen. Dasselbe gelte für den Sozialhilfebetrug durch Selbständige: Nur etwa 2000 rumänische und bulgarische Staatsbürger stocken derzeit mit Hartz IV ihre Selbständigkeit auf.

heitsproblem sei, aber dennoch nicht ignoriert werden dürfe. Die Zuspritzung der Problematik durch die CSU verteidigte sie als notwendig, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Nähe zum Populismus

Die grüne Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler beklagte die Pauschalisierungen in der Debatte und die gefährliche Nähe zum Populismus.

Funktionswandel und Aufgabenprofile des Europa-Parlaments bis 2019

Wenn zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 die EU-Bürgerinnen und -Bürger aufgerufen sind, ihre Repräsentanten ins Europaparlament (EP) nach Brüssel und Strasbourg zu entsenden, geht es nicht nur um die Neustrukturierung europäischer parteipolitischer Machtverhältnisse. In Zeiten globalisierter Krisen und Problemfelder gilt es vielmehr, die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union festzulegen. Das Europäische Parlament ist heute mehr denn je gefordert, sich im Rahmen seiner normativen Befugnisse Gehör und Autorität im Institutionenengelüge der EU zu verschaffen.

Namhafte Wissenschaftler und Abgeordnete des Europäischen Parlaments gaben sich in der Akademie die Klinke in die Hand, um mit Blick auf die künftige europäische Integration theoretische und praktische Erkenntnisse gemeinsam zu diskutieren.



Ingo Friedrich: Das EP gewann nur langsam an politischer Relevanz

Fotos: Haas / Hering

Der frühere Vizepräsident des Europäischen Parlaments Ingo Friedrich und Andreas Mauer von der Universität Innsbruck diskutierten die gegenwärtige Rolle des EP vor dem Hintergrund seiner noch jungen Geschichte. Keineswegs manifestierte sich das einzige direkt demokratisch legitimierte Organ der EU als monolithischer Block. Als gemeinsame, lediglich beratende und kontrollierende Versammlung der

sechs Gründerstaaten der Montanunion gewann es nur langsam an politischer Relevanz. Die erste Direktwahl im Jahr 1979 galt dabei als Geburtsstunde des europäischen Parlamentarismus. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) wurde das EP dann auch rudimentär in das Rechtssetzungsverfahren einbezogen. Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza etablierten immer stärkere Mitwirkungsrechte.

Theoretisch gleichberechtigt

Und wie steht es um das Europäische Parlament heute? Mit dieser Frage beschäftigten sich Martin Grosse Hüttmann von der Universität Tübingen und Dietmar Nickel, ehemaliger Generaldirektor im EP. Gegenwärtig agiere das EP als gleichberechtigter Akteur neben dem

Ministerrat. In der politischen Praxis sei das Gremium jedoch nur in rund 37 Prozent aller Rechtssetzungsprozesse des Rates mitentscheidend eingebunden. Machterweiterung und Nichtbeteiligung schließen sich demgemäß also keineswegs aus. Zwar relativiere sich damit die Prädominanz des Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens im Vergleich zu anderen Verfahren. Es dürfe aber auch nicht uner-

wähnt bleiben, dass das EP bei vielen Verwaltungsakten bewusst auf eine aktiveren Einflussnahme verzichte. Denn der Geltungsgewinn bedeute



Martin Grosse Hüttmann: Parlament nur in 37 Prozent aller Rechtssetzungsprozesse des Rates mitentscheidend eingebunden

natürlich auch eine verstärkte Arbeitsbelastung. Dass die Rechtsaktproduktion im Zeitverlauf effizienter wurde, überrasche daher auf den ersten Blick. Erklären lasse sich dieses scheinbare Paradoxon aber durch einen schnellen Abschluss einer überwiegenden Mehrheit der Verfahren nach der ersten Lesung beider Organe. Auch die Einführung informeller Gespräche (auf Kosten der Transparenz) trügen dazu bei, komplexe Abläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Profilbildung

Wie aber begegnet man der tendenziell abnehmenden Wahlbeteiligung bei den Europawahlen? Oskar Niedermayer von der Freien Universität Berlin und Jürgen Mittag von der Sporthochschule Köln belegten statistisch und erörterten die Frage, die angeichts der Kompetenzgewinne der vergangenen Jahre jedenfalls verwundert.

Das Motto der diesjährigen Wahlkampagne – *Diesmal wird es anders* – zeige, dass die Gremien des Europäischen Parlaments diesem Negativtrend etwas entgegensezten wollen.

Markus Warasin von der Generaldirektion Kommunikation des EP stellte den Teilnehmern die Kampagne vor, die sich zum Ziel setzt, den Nerv der Gesellschaft zu treffen. Mit der erstmaligen Aufstellung von europaweiten Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten soll der Umgang zum demokratischen „Richtungsentscheid“ für die Zukunft der EU aufgewertet werden. Man darf gespannt sein, ob die Regierungschefs der Mitgliedsländer den Wählerentscheid letztendlich respektieren.

formiert würden, könnten Wähler mobilisiert werden, resümierte Wilhelm Lehmann vom Europäischen Parlament. Nur ein Zusammenspiel aller dieser Faktoren könne im besten Fall dazu führen, dass sich bestehende Delegitimierungstendenzen des EP (und damit der EU in ihrer Gesamtheit) wieder umkehren würden.

Warum aber steht das Legitimationsdefizit der EU überhaupt im Raum? Ein weiteres, prominent besetztes Podium mit Johann Schoo, dem ehemaligen Direktor im Europäischen Parlament, Gabriele Abels, Annegret Eppeler und Doris Dialer von den Universitäten Tübingen und Innsbruck sowie Christine Quittkat vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozial-

Möglichkeit Gebrauch, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Daher bleibe die Art der Informationsgewinnung für die Stärkung der Kontrollfunktion essentiell.

Zweckehe statt Liebesheirat

Zudem wurde durch den Vertrag von Lissabon und der mit ihm eingeführten Subsidiaritätskontrolle die Bedeutung der nationalen Parlamente gestärkt sowie die interparlamentarische Kooperation gefördert. Der Formalisierungsgrad fungiere hierbei als entscheidender Faktor, der bestimme, ob eher Kontrolle bzw. Systemgestaltung oder ein inhaltlicher Austausch erfolge. Trotz dieser engeren Verflechtung

des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten aber spreche man weiterhin eher von einer „Zweckehe“ als einer „Liebesheirat“, denn nicht nur die Kooperation verstärke sich, es treten auch vermehrt Konflikte auf, die es in der Zukunft zu lösen gilt.

Charakteristisch für die Kommunikationspolitik des Europäischen Parlaments sei das Zusammenspiel der drei Faktoren Bürger, Medien und Politik. Einerseits kommuniziere das EP innerhalb dieser Triade auf einer individualisierten (Parlamentarier) und einer institutionalisierten Ebene (z.B. dem Directorate General Communication). Über diese Ebenen werden Aktivitäten des Europäischen Parlaments über Social Media und andere Web-Auftritte verbreitet, wobei inzwischen auch die zahlreichen

Verlinkungen zwischen den Webseiten der Parlamentarier und der Homepage des Parlaments stark nachgefragt würden.

Andererseits müsse die große Bedeutung des Lobbying für den Politikfindungsprozess trotz und gerade aufgrund seiner oft negativen Wahrnehmung betont werden. Ein seit 2011 bestehendes Transparenzregister und ein Verhaltenskodex für Parlamentarier



Ein Blick in den Plenarsaal des EU-Parlaments in Strasbourg: Im Mai werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments neu gewählt Fotos: Schröder

Es werden auch die Medien sein, die für den Erfolg oder Misserfolg der Kampagne verantwortlich gemacht werden. Von den Journalisten wird erwartet, dass sie supranationale Themen häufiger und akzentuierter auf ihre Agenda setzen und damit als Bindeglied zwischen Volk und Politik fungieren.

Nur wenn die Bürger adäquat über europäische Parteien und Programme in-

forschung analysierte die Bedeutung der Kontroll-, Interaktions- und Kommunikationsfunktionen des Europäischen Parlaments.

Eine gewichtige Rolle im Arbeitsprozess des Europäischen Parlaments spielen die ständigen Ausschüsse. Das EP bleibe jedoch hinter seinem Potential, welches in seiner Kontrollfunktion stecke, zurück, denn die Delegierten machten zu wenig von der

sollen Korruption auf EU-Ebene verhindern. In der nächsten Legislaturperiode werden aus Sicht unserer Experten zwei wesentliche Aufgaben zu lösen sein: eine Transparenzregister-Reform und die Fokussierung auf die schrittweise Politisierung der europäischen Politikgestaltung.

Herausforderungen

Schließlich: Vor welchen Herausforderungen steht das Europäische Parlament in zentralen Politikfeldern? Dieser spannenden Frage gingen die Teilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde nach, die von Theo Sommer, dem ehemaligen Chefredakteur und Herausgeber der „Zeit“ moderiert wurde. Er verglich die gegenwärtige Lage für das Europäische Parlament mit dem Liebesakt von Elefanten: Alles finde auf hoher Ebene statt, es würde viel Staub aufgewirbelt, aber auf das Ergebnis müsse man lange warten.

Mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und die notwendige Reform der Wirtschafts- und Währungsunion müsse man diesem Vergleich wohl beipflichten. Dennoch seien eben diese Reform einschließlich des Ausbrechens aus dem Teufelskreis der Bankenrettung zentrale ökonomische Aspekte, die es in der nahen Zukunft zu bewerkstelligen gelte, so René Repasi von der Universität Heidelberg. Des Weiteren wird es aus seiner Sicht zentral sein, die Gemeinschaftsmethode zu stärken und die Budgethoheit des Europäischen Parlaments zu forcieren. Im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union müsse das Parlament seine bisherige Ausschussarbeit kontinuierlich stärken und sich trotz formal fehlender Entscheidungskompetenzen weiter in den Diskussionsprozess einbringen.

Co-Tagungsleiterin Anja Opitz betonte in diesem Zusammenhang, dass das Europäische Parlament sein Konsultationsrecht gegenüber der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik stetig nutzen müsse, um die Kohärenz und Transparenz in diesem Politikbereich zu gewährleisten.

Mit dem Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament zudem zentrale Mitentscheidungskompetenzen im Bereich der Justiz- und Innenpolitik gewonnen.

Politikfeld aufgewertet

Die demokratische Legitimation sei dadurch wesentlich gestiegen und habe das Politikfeld aufgewertet. Daniela Kietz von der Stiftung Wissen-



Theo Sommer moderierte die Abschlussdiskussion

schaft und Politik sieht in dieser Stärkung aber zugleich auch eine zunehmende Komplexität der Entscheidungsverfahren und grundsätzlich auch eine höhere Konfliktanfälligkeit. Machtkämpfe würden auch in Zukunft die negative Seite der verbesserten demokratischen Legitimation ausmachen. Auch die stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der internationalen Handelspolitik habe in den letzten Jahren zu institutionellen Herausforderungen geführt: Andreas Maurer prognostizierte einen Bedeutungszuwachs des Handelsausschusses und eine Verschärfung des Konflikts zwischen nördlichen Freihandelsstaaten und dem produzierenden Süden.

Auch prozedurale Herausforderungen gelte es zu meistern: der Umgang mit vertraulichen Dokumenten, die Form der Zustimmung zu Abkommen und die Zahl bzw. Qualität der Abkommen seien wichtige Gesichtspunkte, die es zu beachten gilt. ■

*Andreas Kalina / Anja Opitz /
Regina Tschann / Michael Wolf*

Karl Jaspers-Preis für Hans Maier

Der Wissenschaftler, ehemalige Bildungspolitiker und langjährige Vorsitzende unseres Kuratoriums Prof. Dr. Hans Maier erhielt den mit 25 000 Euro dotierten Karl Jaspers-Preis, der von der Universität Heidelberg zusammen mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Stadt Heidelberg verliehen wird. Die Auszeichnung gilt einem wissenschaftlichen Werk von internationalem Rang, das „von philosophischem Geist getragen“ ist.

Hans Maier hat sich sowohl als Historiker, Politikwissenschaftler und Philosoph als auch als bayerischer Kultusminister einen Namen gemacht. Gestiftet wurde der bislang neunmal vergebene Preis im Jahr 1983 zum 100. Geburtstag des Philosophen Karl Jaspers (1883 bis 1969). Die Preisverleihung



*Preisverleihung für einen Universalgelehrten:
Paul Kirchhof von der Akademie der Wissenschaften,
Hans Maier und Rektor Bernhard Eitel (v.l.) Foto: Rothe / Universität Heidelberg*

fand Ende Januar an der Universität Heidelberg statt. Die Laudatio auf Maier hielt Jens Halfwassen vom Philosophischen Seminar.

In seinem Festvortrag sprach der Preisträger zum Thema „Notwendige Übergriffe. Erfahrungen mit interdisziplinären Studien“. In einer weiteren Veranstaltung stellte sich Maier einer Diskussion mit Heidelberger Studierenden. ■

Europa als Modell für die Welt

US-Generalkonsul William E. Moeller sieht die europäische Einigung aus amerikanischer Perspektive

Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in München, William E. Moeller, sprach auf Einladung der Akademie und der Jean-Monnet-Professur für Europäische Politik an der Universität Passau. Sein Thema: „Die EU und die USA: Der europäische Einigungsprozess und seine gegenwärtigen Herausforderungen aus amerikanischer Perspektive“. Der Generalkonsul trat zu einer Zeit ans Podium, in der die Öffentlichkeit intensiv über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten diskutierte, noch immer von der NSA-Affäre schockiert war und sich an der unsachlichen EU-Kritik der amerikanischen Spitzendiplomatin Victoria Nuland amüsieren oder echauffieren konnte.

William E. Moeller sprach kurz, in deutscher Sprache und deutlich: So sieht er Europa als Friedensstifter, Wahrer der Menschenrechte und Zone vergleichsweise stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse, gar als Modellregion für den ganzen Globus. Zugleich sprach er die deutliche Warnung aus, den europäischen Tendenzen zur Re-Nationalisierung entgegenzuwirken. Gerade die Vereinigten Staaten könnten glücklich sein über die Entwicklung in Europa, da sie „dieses Projekt von Anfang an begleiten konnten“. Dem

Aspekt, dass die von den USA dominierte Sicherheitsarchitektur nach dem Zweiten Weltkrieg der Ausgang einer europäischen Einigung gewesen sei, werde heutzutage nicht genug Beachtung geschenkt. Trotz aller Affären und Meinungsverschiedenheiten seien die Beziehungen zur EU zentral für die Vereinigten Staaten. Zudem ist sich der US-Generalkonsul sicher, dass die europäische Zone des Wohlstands mit einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA weiter ausgebaut werden kann. „Ich weiß, dass gerade

in Bayern oft gefragt wird: Brauchen wir noch mehr Wachstum, noch mehr Handel? Darauf antworte ich Ihnen: Wenn Sie die Welthandelsordnung stabilisieren wollen, Arbeiterrechte und die Umwelt schützen wollen, dann wollen Sie das Freihandelsabkommen.“

In der anschließenden Diskussion mit den mehr als 250 Zuhörern konterte Moeller kritische Fragen vor allem mit Charme.

Der Vortrag des US-Generalkonsuls war Teil der Politiksimulation „Europa-Politik erleben!“, die seit zwei Jahren von der Akademie mit großem Erfolg in ganz Bayern veranstaltet wird. An der Universität Passau schlüpften 66 deutsche, österreichische und tschechische Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene. Die Simulation dient dem Ziel, in ihnen den europäischen Gedanken zu fördern und sie für politische Prozesse und politische Teilhabe zu interessieren. ■

Sebastian Haas



Interessierte Zuhörer des US-Generalkonsuls (von links): Robert Lohmann (leitete die Politiksimulation), Prof. Dr. Daniel Göler (Jean-Monnet-Lehrstuhl Universität Passau), Prof. Dr. Dirk Uffelmann (Vizepräsident der Universität Passau), US-Generalkonsul William E. Moeller, Prof. Dr. Ursula Münch (Akademiedirektorin), Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Dr. Andrea Bör (Kanzlerin der Universität Passau), Monika Seidel (wissenschaftliche Hilfskraft) und Dr. Andreas Kalina von der Akademie

Foto: Haas

Boomtown München – Ödnis auf dem Land?

Akademiegespräch im Landtag zum demografischen Wandel in Bayern

Unsere Bevölkerung schrumpft, wird älter und bunter, doch innerhalb der Bundesrepublik und gerade in Bayern alles andere als einheitlich. So soll der Kreis Wunsiedel bis 2030 rund ein Sechstel seiner Bevölkerung verlieren, die Einwohnerzahl Coburgs um zehn Prozent schrumpfen. Die Landkreise rund um München hingegen erwarten Wachstumsraten von bis zu 18 Prozent. Gründe genug, Norbert F. Schneider, den Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), zum Akademiegespräch in den Bayerischen Landtag einzuladen.

Akademiedirektorin Ursula Münch machte zu Beginn deutlich, dass der demografische Wandel zwar ein enorm herausforderndes, aber kein neues Phänomen ist: Bereits seit Generationen müssen sich Gesellschaften mit den Folgen von Wanderung und Wachstum auseinandersetzen. Die aktuelle Entwicklung in Bayern aber hat besonders viele Facetten: Während in München der Verkehrs- und Wohnungsinfarkt droht, gibt es in neun bayerischen Landkreisen wegen der zurückgehenden Zahl von Schwangerschaften bereits keine Geburtsstationen mehr.

Gleichwertig ist nicht gleichartig

Können vor diesem Hintergrund die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ – erst 2013 mit 90 Prozent Zustimmung der Bürgerschaft als Staatsziel in die Bayerische Verfassung eingefügt – auch 2030 noch als Handlungsmaxime die Politik im Freistaat leiten? Klar ist lediglich: Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht gleichartige Lebensverhältnisse sein. Technische und soziale Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung, Nahverkehr, Bildungs- und Gesundheitssystem müssen je nach Region auf verschiedene Weise neu organisiert werden. Oder zugespitzt formuliert: „Gegen den Geburtenrückgang hilft der Ausbau des schnellen Datennetzes wohl wenig.“

Trends, Ursachen und politische Herausforderungen des demografischen Wandels in Deutschland und Bayern – unter diesem Motto lieferte Norbert F. Schneider eine große und erhellende Menge an Daten und Fakten.



Norbert F. Schneider präsentierte erhellende Daten und Fakten beim Akademiegespräch im Landtag

Foto: Haas

Der Direktor des BiB erklärte, dass sich die Bevölkerung Deutschlands mit etwa 82 Millionen Personen im Moment auf einem Allzeithoch befindet. In Bayern wachsen neben dem Großraum München vor allem die fränkischen Groß- und Universitätsstädte, während Ostbayern und die ländlichen Regionen Frankens teils drastisch an Einwohnern verlieren. Zudem lebt in Deutschland eine der ältesten Gesellschaften weltweit, und auch in Bayern wird bald nur noch die Hälfte der Be-

völkerung jünger sein als 50 Jahre (zum Vergleich: In Uganda ist die jüngere Hälfte der Bevölkerung unter 17). Wir schrumpfen also und altern, aber so bunt wie erwartet werden wir nicht: Seit 1990 leben nur 600.000 Ausländer mehr in Deutschland, in Bayern sind es 200.000 – der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist natürlich höher.

Zu niedrige Geburtenrate

Dabei sind es drei Faktoren, die eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur bewirken. Erstens: Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich. Zweitens die Zu- und Abwanderung: Da wären nach Aussage Schneiders „bis zum Jahr 2033 24 Millionen Zuwanderer im berufstätigen Alter nötig, um das Schrumpfen unserer Bevölkerung auszugleichen.“ Drittens die Geburtenrate: Sie ist umstritten in Deutschland (viel zu) niedrig, liegt aber bereits seit 40 Jahren relativ konstant bei etwa 1,4 Kindern pro Frau.

Neu ist auch diese Entwicklung nicht, auffallend ist aber, dass die ältesten Mütter in Bayern leben (im Landkreis Starnberg bekommen Frauen ihr erstes Kind im Alter von 33 Jahren). Auch die Landkreise mit der niedrigsten Geburtenrate liegen in Bayern (in den Universitätsstädten Würzburg und Passau). Ein Zusammenhang zwischen Geld, Bildung und Nachwuchs liegt da irgendwie nahe.

In den kommenden 20 Jahren wird Bayern insgesamt vom demografischen Wandel noch wenig betroffen sein. Die regionalen Disparitäten aber werden sich vertiefen: So wird zum Beispiel die Bevölkerung Oberfrankens im Jahr 2030 im Schnitt acht Jahre älter sein als die des Großraums München. Die große Frage, die sich die Abgeordneten des Bundestags

und der Landtage, die Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte stellen müssen: Will man intervenieren, um die demografische Entwicklung aufzuhalten, oder will man die gesellschaftliche Struktur an die Bevölkerungsentwicklung anpassen? Hinzu kommt, dass der demografische Wandel ein politisch unattraktives Thema ist: Die Wirkung

von Maßnahmen zeigt sich erst nach Generationen und einzelne Eingriffe allein genügen nicht. „Durch das Elterngeld erhöhe ich nun einmal nicht den Kinderwunsch“, meinte Schneider.

Für welche Lösungen sich die politischen und gesellschaftlichen Ent-

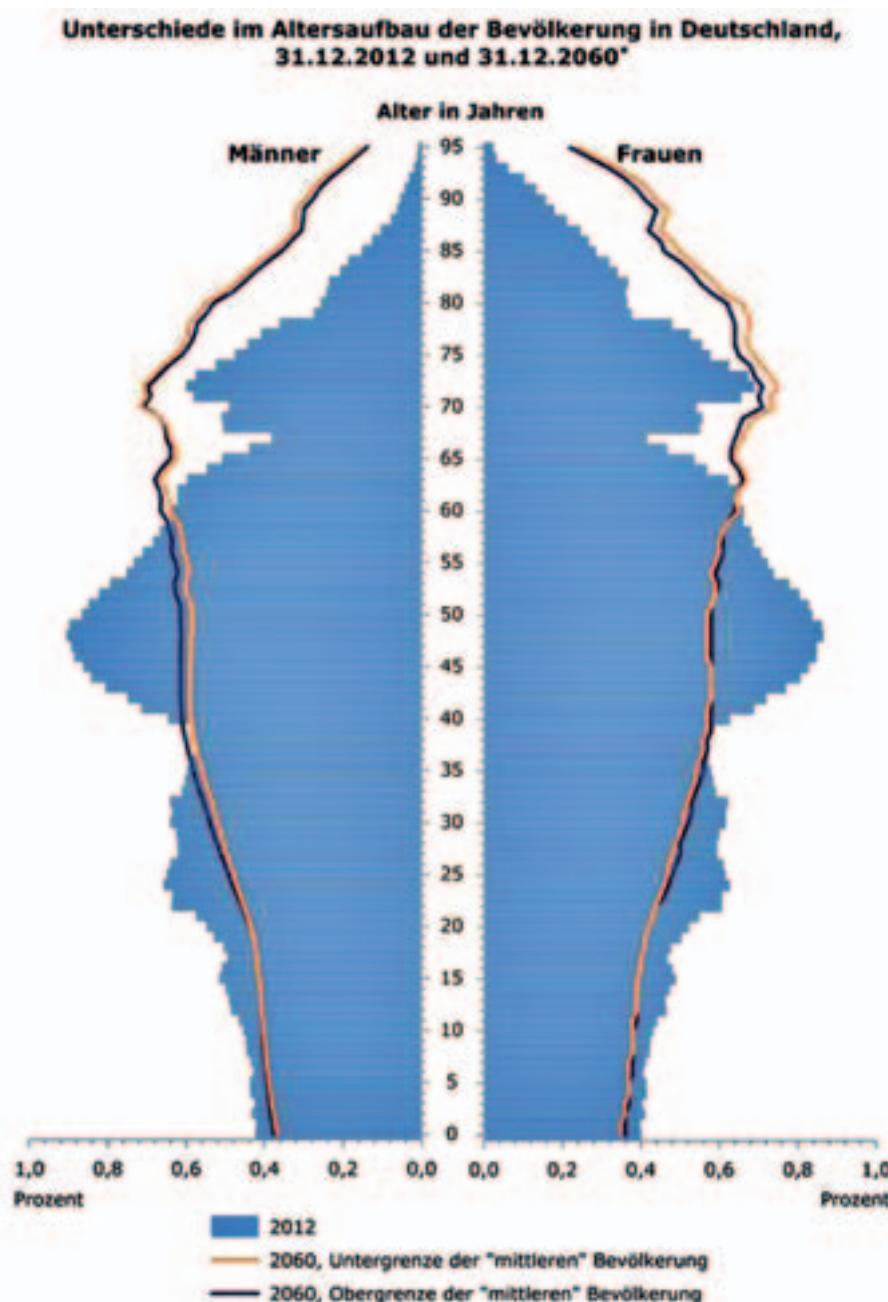
scheidungsträger auch einsetzen – der BiB-Direktor empfiehlt, diese an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen und gemeinsam mit den Bürgern zu entwickeln.

Größe nicht entscheidend

Denn „nicht die Größe einer Bevölkerung ist entscheidend, sondern ihre Zusammensetzung, Haltung und Handlung“. In der angeregten Diskussion mit den etwa 250 Gästen im Senatssaal des Maximilianeums deuteten sich konkrete Handlungsempfehlungen an:

- Flexible und altersunabhängige Übergänge in den Ruhestand,
- die digitale Infrastruktur ausbauen und für die Verwaltung und Versorgung nutzen,
- die „jungen Rentner“ bis 75 aktiv in das gesellschaftliche Leben einbinden,
- Pflege durch neue Lebensformen auffangen (wie Wohngemeinschaften, in denen sich die 65-Jährigen um die 85-Jährigen kümmern, damit sie 20 Jahre später selbst gepflegt werden können), da weder der Arbeitsmarkt noch die Familien die Versorgungslücken schließen können,
- und Leitlinien für Regionen entwickeln, mit denen sie um die schrumpfende, aber wandernde Bevölkerung konkurrieren können. ■

Sebastian Haas



* Dieser Altersaufbau beruht noch auf der Fortschreibung früherer Volkszählungen. Die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 ergibt aber im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung nur geringfügige Abweichungen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2014

Recherchen am rechten Rand

Journalisten diskutieren den Umgang mit Islamfeinden in ihren Medien

Sie nennen sich Islamkritiker, sind aber in Wahrheit Islamhasser. Sie unterhalten einen Internet-Blog namens „Politically Incorrect“. Hinter dieser Fassade bewegt sich ihre Politik am Rande des demokratisch Erlaubten. Eine solche Gruppierung in München darf inzwischen als rechtsextrem bezeichnet werden: Der bayerische Verfassungsschutz stuft die Kerngruppe als verfassungsfeindlich ein. Nicht wenige halten die Islamfeinde inzwischen für gefährlicher als die Neo-Nazis. Denn während rechtsextreme Glatzen und Schläger die meisten Bürger abschrecken, stoßen Islamfeinde in der Mitte der Gesellschaft auf teils positive Resonanz. Die Grenzen zwischen den sogenannten Rechtspopulisten und -extremen sind mitunter fließend.

Zusammen mit der „Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche“ haben wir Journalistinnen und Journalisten aus ganz Deutschland zur Auseinandersetzung mit dem rechten Rand des politischen Spektrums eingeladen. In der Tagung wurde über den Umgang mit diesem Thema in den Redaktionen reflektiert. Wann ist es angemessen, die Hetzer zu ignorieren? Wann ist es nötig, ausführlich über sie zu berichten? Erst wenn Spektakuläres passiert ist oder nach jeder Kundgebung oder Pressemitteilung? Darf ein guter Journalist überhaupt mit den Rechtsextremisten reden? Soll er sich mit ihren (Schein-)Argumenten beschäftigen?

Rechtspopulistische Provokationen

Für Christian Hümmeler sind die Islamfeinde in Köln seit Jahren ein Thema. Ihm bleibt nichts anderes übrig. Er ist Lokalchef des *Kölner Stadtanzeigers*. Dort sitzen die Rechtspopulisten von „Pro Köln“ seit 2004 mit jetzt fünf von 90 Mandaten im Stadtrat. Er gibt zu: „Die haben gute Redner. Das sind die programmatischen Köpfe der Bewegung.“ Mit Provokationen erreichen sie immer wieder ein Maximum an Aufmerksamkeit. Die etablierten Parteien haben sich darauf geeinigt, den Beiträgen der Rechtspopulisten keine

Gegenrede zu liefern. Kann sich ein Journalist auf dieses Totschweigen einlassen? Noch dazu, wenn im Internet die Debatten übertragen werden und so ohnehin eine gewisse Öffentlichkeit hergestellt ist? Hümmeler sagt: „Wir schreiben, wenn wir müssen, ignorieren aber die propagandistischen Pressemitteilungen der Gruppe.“ Der *Stadtanzeiger* berichtet sowohl über Anti-Islam-Demonstrationen wie aber auch über Unregelmäßigkeiten in

der Fraktion, über private Verfehlungen, Straftaten und Prozesse gegen Mitglieder. Und wenn andere Institutionen und Parteien in die Offensive gehen.

Peter Fahrenholz hat es da etwas leichter. Er iststellvertretender Ressortleiter der *Süddeutschen Zeitung* für München, das Umland und Bayern. Im Münchener Stadtrat sitzt ein NPD-Mann (0,7 Prozent bei der Wahl im März 2014), aber kein Vertreter der Islamfeinde von der sogenannten „Freiheit“ (0,6 Prozent). Das Ignorieren fällt da leichter, und im Fall des NPD-Manns wird es auch weitgehend praktiziert. Fahrenholz plädiert für eine Einzelfallprüfung: „Wir müssen uns immer fragen: Gibt es ein öffentliches Interesse? Die Abwägung bleibt eine Gratwanderung.“

Offensiv gegen rechts

Immer offensiv und öffentlich gegen Rechtsextremisten und Antisemitismus tritt der jüdische Münchener CSU-



Neo-Nazi-Demonstration in München

Foto: Rufus46 / wikimedia commons

Stadtrat Marian Offman auf. Auch wenn er sich damit immer wieder Hass-Mails und Bedrohungen, gelegentlich sogar tätliche Angriffe einhandelt. Angst hat er nicht: „Meine Bekanntheit und die Öffentlichkeit schützen mich“, ist er sicher. Mit seinem Auftreten will er auch anderen Verfolgten Mut machen, Courage zu zeigen und gegen Menschenfeindlichkeit jeder Art vorzugehen.

Miriam Heigl von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus bei der Stadt München unterstützt ihn und andere Opfer rechtsextremer Gewalt dabei. Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt Fachstelle koordiniert das städtische Verwaltungshandeln zum Thema Rechtsextremismus und sorgt für die Vernetzung von Zivilgesellschaft und Verwaltung. Dabei geht es sowohl um die Koordinierung verschiedener Akteure bei konkreten Anlässen (z.B. ein rechtsextremer Aufmarsch oder eine rechtsextreme Wurfsendung), als auch um die Arbeit für die Festigung demokratischer Werte in der Münchener Stadtgesellschaft. Heigl ist überzeugt: „Eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen Rechtsextremisten dar.“

Der Münchener Orientalist Stefan Wimmer räumte mit einigen Vorurteilen gegenüber dem Islam auf und bot Argumentationshilfen und –strategien gegen die häufig von Unkenntnis und Propaganda geprägten Stereotypen der Islamhasser. Die Rolle der Frau und die Einstellung zu Krieg und Gewalt sowie die Haltung „Ungläubigen“ gegenüber standen dabei im Mittelpunkt.

Szenen aus Österreich

Antonia Gössinger kann sich ein Totschweigen von Rechtspopulisten nicht leisten. Sie ist Politikchefin der *Kleinen Zeitung* in Klagenfurt. Im Landesparlament von Kärnten sitzen sechs Abgeordnete der FPÖ (von 36). Der frühere Landeshauptmann Jörg Haider war ein populäres Aushängeschild dieser Partei, die mittlerweile nur noch mit ausländerfeindlichen Parolen von sich reden macht. Gössinger beschrieb das Phänomen Haider, der sich als „Kümmerer“ beliebt machte und mit

verschwenderischen Sozialausgaben und Bauprojekten das Bundesland in den Staatsbankrott trieb. Hetzveranstaltungen bis hin zu körperlichen Angriffen sind seine Hinterlassenschaft. Die heutige FPÖ-Führung beschreibt Gössinger als „bildungsffern“. Sie sagt: „Populisten brauchen Feindbilder.“



Antonia Gössinger schilderte die Auseinandersetzungen mit der FPÖ in Österreich

Andrea Röpke geht bei ihren Recherchen im rechtsextremen Milieu oft auch an die körperlichen Grenzen. Seit Jahrzehnten hat sie sich zusammen mit Kollegen auf die Neo-Nazis spezialisiert und spürt sie immer wieder auf: bei Konzerten, Jugendlagern, Kinderfesten und Sonnwendfeiern.

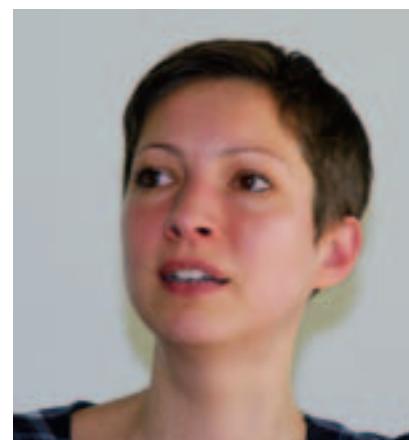
Neo-Nazis mitten in der Gesellschaft

In Mecklenburg-Vorpommern entdeckt sie, dass die Neo-Nazis mittlerweile viele „kommunale Strukturen beherrschen“: „Sie sind dort mitten in der Gesellschaft angekommen.“ Das „Thinghaus“ steht im Ort direkt neben dem Autohändler. Der Ort Jamel im „Gau Mecklenburg“ gilt als „national befreite Zone“, in der es Wegweiser nach Braunaus gibt. „Das ist dort keine Subkultur mehr“, sagt die mehrfach mit Preisen ausgezeichnete Journalistin. Etablierte Unternehmer, die z.B. mit rechtsextremer Musik ihr Geld verdienen, sind dort führende Personen der Szene. Mit Angst beobachtet Röpke die zunehmende Kombination von „Hakenkreuz und Kutte“. Das heißt, dass Rockergruppen wie Hells Angels

und Bandidos mehr und mehr mit den Neo-Nazis verschmelzen und ihr Geld mit Drogen, Mädchenhandel, Prostitution und „Sicherheitsdiensten“ verdienen.

„Erlebniswelt Rechtsextremismus“

Rechtsextremisten tummeln sich auch im Internet. Christiane Schneider von *jugendschutz.net* durchsucht täglich das Netz nach einschlägigen Seiten: „Das Netz zu säubern, funkto-



Christiane Schneider: „Das Netz zu säubern, funktioniert nicht“

niert nicht. Wir können nur versuchen, Kinder und Jugendliche von problematischen Inhalten fernzuhalten“, sagt sie und ergänzt: „Alles, was sich auf der Straße findet, findet sich auch im Netz.“ Klarer Trend sei dabei die Schaffung einer „unterhaltsamen Erlebniswelt Rechtsextremismus“. Die sozialen Medien und Netzwerke seien ideal für die Rekrutierung von Nachwuchs. Kinder und Jugendliche würden heute mit Emotionen geködert, nicht mit platter Neo-Nazi-Propaganda.

Felix Benneckenstein rutschte mit 14 Jahren in die rechtsextreme Szene der Kameradschaften. Er stammt aus gutbürgerlichen Verhältnissen, die Eltern sind überzeugte Nazi-Gegner. Alkohol wurde daheim nicht getrunken. Trotzdem legte er eine Neo-Nazi-Karriere hin. Bis zur Verhaftung und Verurteilung. Die Begegnung mit Abschiebehäftlingen im Knast öffnete ihm die Augen. Seine Freundin, die

gegen ihren Willen vom Vater in die rechtsextreme Gruppe gedrängt wurde, half ihm beim Ausstieg – ebenso wie die Organisation „Exit“. Jetzt beginnt er ein normales Leben, macht seine Ausbildung nach und will heiraten.

Ausstiegsoptionen des Verfassungsschutzes lehnt er ab: „Das ist ein Geheimdienst. Dem kann man nicht trauen. Man weiß nie, woran man ist und ob die einen nicht fallen lassen.“

Ausgrenzung kein Mittel

Für den Präsidenten des bayerischen Verfassungsschutzes, Burkhard Körner, sind die Islamfeinde eine neue Kategorie: „Das hat eine neue Qualität. Sie richten sich gegen Gleichheit und Religionsfreiheit. Das ist kein Neo-Nazismus, weil das Völkische und Rassismus fehlen.“ Körner wehrte sich gegen Vorwürfe, dass die Schwelle der Beobachtung durch Verfassungsschützer zu hoch sei: „Wir brauchen Belege für eine gezielte Agitation gegen die Ordnung unseres Grundgesetzes.“ Einerseits beruhigen ihn die niedrigen Wahlergebnisse der Rechtsextremen – gleichzeitig weiß er aber

auch, dass das Potenzial der Rechtsextremen größer ist und jederzeit durch islamistische Anschläge eine starke Bewegung mobilisiert werden kann.



Der bayerische Verfassungsschutzpräsident Burkhard Körner: „Islamfeinde attackieren das Grundgesetz“

Ausgrenzung aus der Gesellschaft ist für Körner kein probates Mittel: „Das führt eher zur weiteren Radikalisierung und zum Märtyrertum.“ Er will den Neo-Nazis positive Werte entgegen setzen und strafrechtlich enge Grenzen ziehen – auch durch Entlas-

sung von Beamten aus dem öffentlichen Dienst, wenn sie entsprechend auffällig werden.

Mehr Alltag und Normalität

Die teilnehmenden Journalisten waren sich am Ende einig: Man soll, ja man muss gelegentlich über die Aktionen der Rechtsextremisten berichten. Dabei sei die Dosierung, Einordnung und entsprechende Kommentierung wichtig. Auch die Perspektive der Opfer müsse zukünftig stärker einbezogen werden; Redaktionen seien häufig zu stark täterfixiert. Neue Perspektiven auf das Thema würden den Recherchen und Berichten gut tun. Viel mehr als bisher müsse auch der Alltag und die Normalität der Muslims und des Islam in Deutschland gezeigt werden. Dazu brauchen die Redakteure allerdings mehr Fachwissen. Auch müssten mehr Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen arbeiten. Dies würde automatisch zu einer Verbreiterung des Themenhorizonts führen. ■

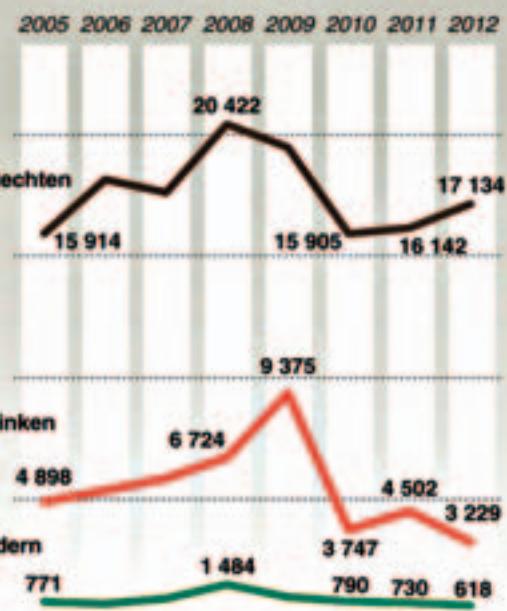
Michael Schröder

Extremismus in Deutschland

So viele Menschen wurden vom Verfassungsschutz als potenziell extremistisch eingestuft:

islamistisch	2012	42 550
	2011	38 080
links		29 400
		31 800
Ausländer (ohne Islamisten)		28 810
		26 410
rechts	2012	22 150
	2011	22 400

So viele Straftaten mit extremistischem Hintergrund wurden begangen:



Quelle: Bundesinnenministerium (Verfassungsschutzbericht 2012)



© Globus

Gesellschaften im Wandel

Migration, Bürgerbeteiligung, die politischen Umbrüche nach Ende der DDR-Diktatur – alles Themen des gesellschaftlichen Wandels, deren Behandlung im Schulunterricht eine besondere Herausforderung ist. Eine gemeinsame Tagung mit der Dillinger Akademie suchte verschiedene Zugangsmöglichkeiten.

Leben wir wirklich in einer Zeit noch nie da gewesener Massenmigration? Caroline Schultz vom Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Berlin) analysierte diesen „Mythos“.

Der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung liege bereits seit Jahrzehnten konstant bei etwa drei Prozent, hielt Schultz dieser These entgegen. Auch die Behauptung, dass Armut die Hauptursache von Migration sei, könne man so nicht nicht stehen lassen. Schließlich seien Ressourcen notwendig, um in ein anderes Land zu ziehen. Auch müsse man klar definieren, welche Bezugsgruppe man zur Bestimmung von Armut zugrunde lege.

Mit Blick auf Integrationsmaßnahmen plädierte Schultz dafür, nicht nur auf spezifische Angebote für bestimmte Herkunftsgruppen zu blicken. Vielmehr gewännen allgemeine Maßnahmen wie die Sozialgesetzgebung, Antidiskriminierungsgesetze und „Diversity“-Politiken stärker an Bedeutung.

Demokratie-Erfahrung in der Schule

Mit Phänomenen des Wandels der politischen Kultur wie Demokratisierung und Partizipationsbewegungen befasste sich Anna Wohlfarth, Vorstandsmitglied der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin. Die Demokratie

ist konfrontiert mit einer steigenden Komplexität, Zweifeln an politischer Problemlösungsfähigkeit, Vertrauensverlust von Bürgern gegenüber Repräsentanten und Institutionen sowie dem Wegfall von intermediären In-

Einen besonderen Zugang, historische Zusammenhänge plastisch zu machen, ist der Zeitzeugenbericht. Einen solchen gab der ehemalige Oberbürgermeister von Dresden, Herbert Wagner. Er schilderte anhand seiner Biografie einzelne Phasen und Zäsuren der DDR-Geschichte: Gründung der DDR, den 17. Juni 1953 und den Mauerbau, außerdem das Alltagsleben in der DDR.

Im Zuge der Demonstrationen im Jahr 1989 wurde Wagner Sprecher der Gruppe der 20, die ihre Forderungen nach



Auseinandersetzungen wie die um den Bahnhof Stuttgart 21 sind aktuelle Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie

Foto: RaBoe / wikimedia commons

stanzen, sagte Wohlfarth. Sie analysierte Spielräume und Risiken von Partizipationsprozessen. Sie stellte Konzepte für Schüler vor, um Demokratieerfahrungen in der Schule zu sammeln.

Sie präsentierte Methoden wie das „World Café“, den Schülerhaushalt sowie Planspiele und regte die Prüfung von Partizipationsangeboten in der lokalen Umgebung an.

Freiheitsrechten in einem friedlichen Dialog mit den damaligen Machthabern vorbrachte. Wagner erinnert sich noch, wie er und seine Mitstreiter zum ersten Mal das Grundgesetz in die Hände bekamen: „Wir haben es verschlungen wie einen Krimi“, so Wagner, der nach der friedlichen Revolution Oberbürgermeister von Dresden wurde. ■

Gero Kellermann

Medienpädagogik im digitalen Umbruch

JFF und Bundeszentrale veranstalten mit der Akademie
die Fachkonferenz Medienkompetenz

Wir leben in einer durch und durch mediatisierten Gesellschaft. Wir sind permanent von Medien – klassisch-analogen, aber immer mehr auch digitalen – umgeben. Mehr denn je muss es daher das Ziel der Erziehungs- und Bildungsarbeit

sein, Kinder und Jugendliche für ein souveränes Leben mit Medien zu stärken. Doch welche Konzepte sind hierfür angesichts der vielfältigen Veränderungen in Gesellschaft, Medien und Bildungslandschaft angemessen? Wie können Kinder und Jugendliche ihrem Alter

entsprechend gefördert und dabei auch die unterschiedlichen sozialen Milieus und Hintergründe berücksichtigt werden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die „Fachkonferenz Medienkompetenz 2014“. *



Tutzinger Lichtmalerei: Medienkompetenz in die Nacht geschrieben

Bernd Schorb von der Universität Leipzig bezeichnete kommunikative Kompetenz als die Fähigkeit, sich am gesellschaftlichen Diskurs gleichberechtigt zu beteiligen. Nur so könne der Einzelne Gesellschaft mitgestalten. Medienkompetent sei ein Mensch, der mit den Medien kritisch, genussvoll und reflexiv-praktisch umzugehen wisse. Medienkompetenz beinhaltet Wissen und Reflexion über die Strukturen und Funktionen der jeweils verfügbaren Medienwelt. Sie ist verbunden mit der konkreten Handhabung und dem selbstbestimmten und eigenständigen Gebrauch von Medien als Mittel der Artikulation und Partizipation. Das alles sei ein dynamischer Prozess. Kompetenz müsse weiterentwickelt werden. Sie entziehe sich der Messbarkeit.

Souveränität behaupten

Schorb betonte, dass im Dialog zwischen den Generationen den Heranwachsenden die Möglichkeit gegeben werden müsse, eigene Orientierungen zu entwickeln, die es ihnen erlauben, sich die Medien nach ihren Bedürfnissen anzueignen und dennoch ihre Souveränität als Gestaltende von Gesellschaft und Medien zu behaupten. Angesichts des Bedeutungsverlusts der alten wertevermittelnden Instanzen wie Kirche, Schule und Politik werden die Medien selbst zunehmend zur Orientierungsinstanz. Schorb sieht



Bernd Schorb: tendenziell Verstärkung sozialer Ungleichheit

die Gefahr, dass Medienaneignung sich in der Akzeptanz des Vorgegebenen erschöpft: „So verschärft sich die Trennung der Gesellschaft in solche, die in der Lage sind, eine eigenständige Position zu behaupten und sich in kritischer Weise medienkompetent zu artikulieren und solche, denen die hierfür nötigen Voraussetzungen fehlen.“ So werde tendenziell die gesellschaftliche Ungleichheit verstärkt.

* In Zusammenarbeit mit dem JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Mit Benachteiligung in der Gesellschaft setzte sich auch die Direktorin des JFF, Ulrike Wagner, auseinander. Sie wies darauf hin, dass empirische Befunde regelmäßig und systematisch aufzeigen, dass Prozesse der Medienaneignung in hohem Maße sozial strukturiert und lebensweltlich geprägt sind.

Wachsende Kluft

Immer wieder werde belegt, dass soziokulturelle Ungleichheiten in medialen Räumen ihre Fortsetzung finden. Sie sagte, die Rekonstruktion der Medienaneignung der Kinder müsse den Ausgangspunkt mediendidaktischer Aktivitäten und Interventionen darstellen. Am Beispiel des Themas Privatheit, Persönlichkeitsrechte und Datenschutz könne gezeigt werden, dass das Medienhandeln von bildungsbevorzugten und bildungsbenachteiligten Heranwachsenden sich im Ergebnis nicht unbedingt voneinander unterscheidet. Ihre Wahrnehmungen der Medienwelt und potenziellen Gefährdungen der eigenen Privatsphäre seien jedoch sehr unterschiedlich.

Die Medienforscherin Wagner zeigte, dass die zunehmende Komplexität medialer Umgebungen die Kluft zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Mitgliedern der Gesellschaft verstärke. Gleichzeitig er-

sätze entwickeln zu können. Dazu müsse auch das soziale Umfeld aktiv in die Aktivitäten eingebunden werden. Wichtig sei auch die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, um mehrfach belastete Familien zu erreichen.



Ulrike Wagner: „Soziokulturelle Unterschiede finden ihre Fortsetzung in medialen Räumen“

höhten sich die Anforderungen an Medienkompetenz. Sie forderte deswegen, dass mediendidaktische Arbeit stärker als bisher benachteiligende Faktoren differenzieren müsse, um für die Zielgruppe adäquate An-

Die frühere Direktorin des JFF, Helga Theunert, sagte, Kinder würden in vielfältige Medienumgebungen hineingeboren. Wie diese aussehen, bestimmt der in der Familie vorhandene Umgang mit Medien: „Eltern, die viel fernsehen, haben auch Kinder, die viel fernsehen.“ Relevante Einflussfaktoren seien die Verhältnisse in der Familie, aber auch die Bedingungen der Arbeitswelt. Zeitgemäße Mediendidaktik müsse die zunehmende Heterogenität der Familien berücksichtigen.

Verfrühungstendenzen

Kinder eigneten sich ihre Medienwelt aktiv und mit stetig wachsender Komplexität an. Entscheidender Taktgeber sei dabei die psychosoziale Entwicklung. Relevant seien ferner die Anregungen aus dem sozialen Umfeld, die



Intensive Debatten an Thementischen prägten die Fachkonferenz Medienkompetenz

strukturellen (Bildungs-)Bedingungen und die Strategien des Medienmarkts. Die allgemein zu beobachtenden „Verfrühungstendenzen“ im Umgang von Kindern mit Medien müssten in die medienpädagogische Arbeit aufgenommen werden.

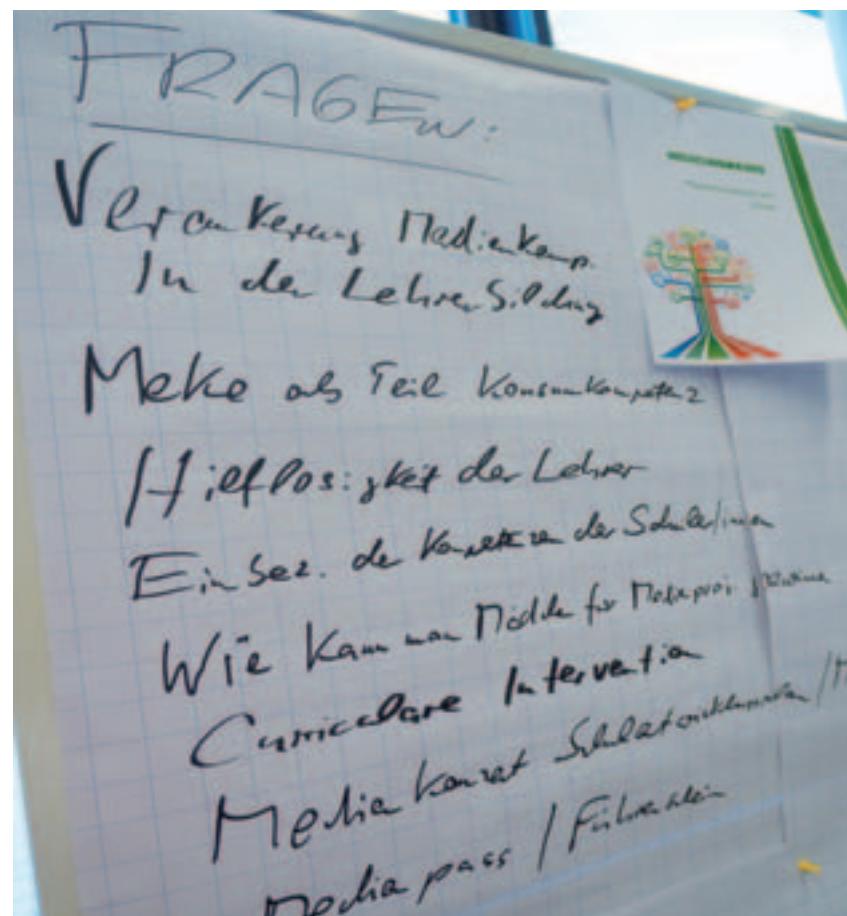


Helga Theunert: „Zeitgemäße Medienpädagogik muss die zunehmende Heterogenität der Familien berücksichtigen“

Theunert, die als Professorin an der Universität Leipzig Medienpädagogik lehrt, forderte, dass besonders im ersten Lebensjahrzehnt Eltern und Familie als unverzichtbare Partner für die Nachhaltigkeit der Medienkompetenzförderung bei Kindern berücksichtigt und einbezogen werden. Damit allen Kindern das Recht auf altersadäquate Förderung von Medienkompetenz zu teil werde, seien die pädagogisch Verantwortlichen vor Ort gefordert, Medienkompetenzförderung gemeinsam und in vernetzten Formen zu gestalten. Es sei staatliche Verpflichtung, die dafür notwendigen übergreifenden Strukturen im Bildungswesen zu schaffen. Die müssten von Bund, Ländern und Kommunen realisiert und von der Medienpädagogik eingefordert werden.

Umbrüche und Autonomie

Nadia Kutscher, Professorin für Medienpädagogik an der Universität Vechta, widmete sich in ihrem Beitrag der Altersphase Jugend. Sie sei von vielen Umbrüchen, einer zunehmen-



Fragen einer Arbeitsgruppe an politisch Verantwortliche

Fotos: Haas / Opalinski

den Autonomie, aber auch von Spannungsfeldern geprägt. Gleichzeitig stellten Entwicklungen bei den digitalen Medien wie die Individualisierung von Verantwortung für Datenschutz, die algorithmisierte Vorstrukturierung von Inhalten über Suchmaschinen, die Reproduktion sozialer Ungleichheiten in der Mediennutzung und der Wandel im Zusammenhang mit mobilen Medien Herausforderungen für Jugendliche dar. Die Frage stelle sich, wie Medienbildung diese Fragen aufnehmen und Jugendliche dazu befähigen kann, so etwas wie Handlungsautonomie zu realisieren.

Zur Vertiefung dieser Impulse wurde in Arbeitsgruppen diskutiert und so die unter den fast 90 Teilnehmenden vorhandene Fachkompetenz in die Tagung eingebracht. Ergänzend zu den

Fachvorträgen wurde an zahlreichen Thementischen intensiv über folgende Themen diskutiert: Schule, außerschulische Bildungsarbeit, Inklusion, Interkulturalität und politische Teilhabe. ■

Michael Schröder



Dokumentationen finden sich im Blog zur Tagung:

<http://www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/medienkompetenz-2014/>

Klimawandel und Konflikte

Der globale Klimawandel bedroht zunehmend die Stabilität, die Entwicklung und die Sicherheit von Staaten und deren Bevölkerung. Für uns erst bedingt wahrnehmbar, aber in der öffentlichen Diskussion durchaus präsent, werden wir mit der rasant ansteigenden Knappheit natürlicher Ressourcen, aber auch mit klimabedingten Ernteausfällen konfrontiert, deren Folgen unter anderem wachsende Armut, Hunger und Migrationsströme sind. Diese Ausgangslage gab den Anstoß für eine Tagung, die sich mit diesen Zusammenhängen zwischen knappen Ressourcen, Konkurrenzströmen und Gefahren für das gesellschaftliche Zusammenleben auseinandersetzte.

Dabei ist der Mangel an Ressourcen nur einer von vielen Gründen für aufkeimende Krisen. Ein Ressourcenkonflikt lässt sich als ein Konflikt um knappe globale öffentliche Güter charakterisieren, erklärte Janine Schildt von der Willy Brandt School of Public Policy. Aber auch in Ländern, in denen Güter im Überfluss vorhanden sind, können die Ressourcen selbst Ursache für Konflikte werden, zum Beispiel die sogenannten Blutdiamanten.

Das Problem der gegenwärtigen Diskussion um vorhandene oder nicht vorhandene Ressourcen sei, dass schon kleinste Mengen fehlender Rohstoffe zum Sicherheitsproblem stilisiert würden. Vielmehr drehe sich die entscheidende Frage um das globale Rohstoffmanagement und die gleichberechtigte Einbindung der Konsumenten- und Produzentenländer. Das Ziel der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern müsse sein, forderte Schildt, dass die industrialisierten Länder ihre Erfahrungen und Lernprozesse in ein nachhaltiges Management investieren und dieses dann auch vorleben.

Anhand verschiedener Fallbeispiele – wie etwa die Öl- und Erdgasvorkommen der Ostprovinz Saudi-Arabiens (René Rieger, MEIA Research e.V.), die afrikanischen Ölimporte nach China (Saskia Hieber von unserer Akademie), das Land-Grabbing in Äthiopien (Myra Poslyschny-Treuer, Universität Basel), aber auch die

regionalen Diskussionen etwa um die Windenergie in Deutschland (Antje Otto, Universität Potsdam) – erörterten Experten diese Grundproblematik gemeinsam mit den Tagungsteilnehmern und verdeutlichten so die Viel-

wicklung eines vernünftigen globalen Rohstoffmanagements?

Tobias Ide von der Universität Hamburg appellierte zum einen an die Wissenschaft. Sie erfasse die Wirkungszusammenhänge zwischen dem Klimawandel, Rohstoffknappheiten und Konflikten bislang nur statistisch und schaue sich konkrete Fallbeispiele kaum an. Am israelisch-palästinensischen Wasserkonflikt zeige sich jedoch, dass die Diskursanalyse durch unterschiedliche Weltbilder und Identitäten geprägt würde. Die entstehende Uneinigkeit in der Wissenschaft führe aber bestenfalls zu derart unterschiedlichen Bewertungen und Ergebnissen, dass dringend notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden könnten.



*Zunehmende Dürre auf der Welt erhöht die Gefahr von Kriegen um Wasser
Foto: wikipedia commons / Stefan Kühn*

schichtigkeit des Tagungsthemas *Klima – Konflikte – Konsequenzen*. Gerade das Beispiel Saudi-Arabien zeigte einen unglücklichen Zusammenhang auf: Eine Region, in der es einen konfessionellen Konflikt gibt und die zugleich ein wichtiger Ölproduzent ist, stellt für das Land, das von den großen Exportmengen wirtschaftlich abhängig ist, dann ein massives Sicherheitsproblem dar, wenn dieser Konflikt zum Ausbruch kommen würde. Welche Lösungen bieten sich neben der Ent-

Und welche Lösungen können wir von der Politik erwarten? Botschafter Heinrich Kreft stellte das Ziel der Bundesregierung vor: ein diskriminierungsfreier Zugang zu Rohstoffen und die deutliche Reduzierung des Rohstoffverbrauchs insgesamt. Kreft etwa setzt sich für ein Handy-Pfand ein: Es solle Sammelstellen für alte Handys geben, um die Rückgewinnung der darin enthaltenen seltenen Rohstoffe zu gewährleisten. ■

Anja Opitz

Krieg, Gewalt und Frieden in den Religionen

Dass der Friede auf Erden die Beachtung einer göttlichen Ordnung voraussetzt, ist möglicherweise eine gemeinsame Lehre unterschiedlicher Religionen. Doch was wird aus den Gemeinsamkeiten angesichts unterschiedlicher Wege zur Erkenntnis dieser Ordnung? Was wird überdies aus der möglichen Einheit angesichts unterschiedlicher Ansichten über die Inhalte und Forderungen einer göttlichen Ordnung? In Geschichte und Gegenwart wurden Konflikte um das richtige Bekenntnis stets auch gewaltsam ausgetragen. Motivieren Religionen also zum Krieg statt zum Frieden oder werden religiöse Motive vielmehr von politischen und sozialen Interessen vereinnahmt? Diesen Fragen stellten sich die Referenten und Teilnehmer der Tagung und es wurden vielseitige und interessante Antworten gefunden.

Dass politische Macht und Religion enge Verbindungen eingehen können, zeigte Micha Brumlik von der Goethe-Universität Frankfurt am Main mit einem Blick auf die Entstehungszeit und -bedingungen monotheistischer Religionen. Er untersuchte die von Jan Assmann und Peter Sloterdijk vertretene These, wonach religiöser Monotheismus durch seine Verbindung



Micha Brumlik: Zusammenhang von Religion und Gewalt gilt nicht nur für die monotheistischen Religionen

von Wahrheitsanspruch und Überzeugsein besonders gewaltfördernd sei. Weil die Geschichte der Durchsetzung des Monotheismus als eine der Gewalt erzählt wurde, sei ein Vorbild entstanden, das neue Muster für

staatliche Gewalt geschaffen habe. Brumlik verglich die gewaltsmalen Darstellungen des Alten Testaments mit anderen religiösen Texten der sogenannten Achsenzeit, die polytheistischen Religionen entstammen. Dabei stellte er fest, dass Gewalt und Grausamkeit in allen diesen Texten gleichermaßen vorkommen und somit nicht für das jüdisch-christliche Narrativ allein charakteristisch sind. Vielmehr können Erzählungen des Alten Testaments auch als Abwehrreaktion gegen die tatsächlichen Gewalttaten, die beispielsweise von den Assyern verübt wurden, gelesen werden.

Brumlik konstatierte also einen eindeutigen Zusammenhang von Religion und Gewalt in der Achsenzeit, der aber allgemein und nicht nur für die monotheistischen Religionen gilt.

Friedensgebot in allen Religionen

Eine systematisch geprägte Betrachtung des Verhältnisses von Religion, Krieg und Frieden leistete Bernhard Uhde, der unter anderem das Institut für West-Östliche Weisheit an der Universität Freiburg leitet. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass religiöse Texte selten dem unmittelbaren Informationstransfer dienten, sondern sprachbildlich zu begreifen seien. Der

Aufruf zur Gewalt, der diese Texte wörtlich nimmt, stelle somit einen Missbrauch dar. Uhde zeigte durch eine genaue Lektüre der jeweiligen grundlegenden Schriften der Religionen, dass hier ähnliche Friedensabsichten wirksam sind. Dabei sind die Motive in den einzelnen Religionen verschieden. Im Judentum gilt das Friedensgebot für alle Menschen und die Erfahrung der Gläubigen soll sie zum Frieden anhalten. Die Gefangenschaft in Ägypten wird zur allgemeinen Chiffre für Unge rechtigkeit, welche dem für alle Völker bestimmenden Gedanken des Friedens entgegensteht. Auch das Friedenspotential des Christentums ist nicht exklusiv. Im Koran finden sich Zeugnisse des Friedens gegenüber Nicht-



Bernhard Uhde: „Wenn Religion zur Ideologie wird, kommt Gewalt ins Spiel“ Fotos: Haas

Muslimen und der Islam versteht sich selbst als Religion des Friedens. Im Hinduismus, der von der Vorstellung einer überall und immerfort wal tenden Kausalität geprägt ist, bedeutet Frieden nicht die reine Rücknahme von Gewalt, sondern die Wiederherstellung des normativ Gerechten, das oberstes Gebot ist und keine Ausnahme zulässt. Im Buddhismus hingegen gilt aufgrund der Konditionalitätsannahme das Gebot, allem – auch dem Unrecht – mit Güte und Freundlichkeit zu begegnen.

Während also auf theoretischer Ebene alle Religionen auf eine friedliche Gesellschaftsform abzielen und somit ein Friedenspotential enthalten, konstatierte Uhde ein Problem der praktischen Umsetzung.

Probleme der Praxis

Die Vermittlung durch Menschen mache Religion nicht selten zur Ideologie und Ideologie wiederum sei hochgradig anfällig für Gewalt. Das Friedenspotential wird aus Uhdes Sicht nicht hinreichend fruchtbar gemacht, wofür vor allem die Institutionen als Vermittlungsinstanz zwischen theoretischer Lehre und praktizierenden Religionsanhängern Verantwortung trügen.

Gerechter Frieden

Der Theologe Volker Stümke lenkte den Blick auf das Christentum und seine Lehre vom „gerechten Krieg“ (bellum iustum). Zunächst erläuterte er den historischen Ursprung der Lehre bei Augustinus, deren Anspruch aus seiner Sicht ambivalent ist, da es einerseits darum gehe, Krieg zu begrenzen und rechtlich einzuhegen, dieser aber andererseits legitimiert werde, sofern bestimmte Kriterien erfüllt seien. Laut Stümke wurden diese Kriterien im Lauf der Jahrhunderte verschärft, wie er am Beispiel von Luthers Lehre von den zwei Regimentern aus-

führte: Krieg wird als Durchsetzungsmittel der weltlichen Seite zugeordnet und ist nur dort und nur im Verteidigungsfall erlaubt. Religionskriege sind damit verboten.



Volker Stümke: Paradigmenwechsel vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“

Für die jüngere Zeit konstatierte Stümke einen Paradigmenwechsel weg vom „gerechten Krieg“ hin zum „gerechten Frieden“. Er blickte dabei auf maßgebliche Veröffentlichungen von katholischer und protestantischer Seite und erkannte eine ähnliche Stoßrichtung: Ziel der Politik sei der Frieden, der mehr umfasse als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Um aber diesen Frieden zu verwirklichen, könne nicht kategorisch auf Gewalt als Durchsetzungsmittel verzichtet werden. Dabei sei Krieg nie gut oder gerecht und immer nur die ultima ratio.

Durch seine Dozententätigkeit bei der Bundeswehr kennt Stümke die moralischen Konflikte der kriegerischen Gewaltanwendung und er nannte die Schutzverantwortung (responsibility to protect) als ein Äquivalent zum christlichen Gebot der Nothilfe, das als einziges den Einsatz von Gewalt gegen Dritte rechtfertige. Er positionierte sich damit klar gegen Militäreinsätze zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder zur Sicherstellung der Versorgung und plädierte dafür, Militär und Krieg nicht als Mittel der Politik zu begreifen, sondern als ultima ratio im Sinne des geringeren Übels zum Schutz der Menschenrechte.

Kampf um den rechten Glaubensweg

Eine andere Perspektive auf das Verhältnis von Religion und Krieg eröffnete der Jurist und Islamwissenschaftler Mathias Rohe vom Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Nach einer kurzen historischen Einführung konzentrierte er sich auf den Begriff des „Jihad“ und dessen Verständnis im Islam. Übersetzt bedeutet Jihad etwa „das Bemühen auf dem Weg zu Gott“. Seit dem 8. Jahrhundert gibt es eine islamische Rechtsliteratur, in der erstmals Jihad mit Gewalt assoziiert wird. Allerdings geht es dabei um die Erweiterung des Territoriums und



Historischer Religionskrieg: Im Dreißigjährigen Krieg stirbt König Gustav II. Adolf von Schweden 1632 in der Schlacht von Lützen

der politischen Herrschaft, nicht aber um Zwangskonversion. Jihad ist dabei an den Herrscher gebunden, nur dieser darf zur Gewaltanwendung aufrufen. Nicht-Muslime sind in eroberten Gebieten rechtlich geschützt, werden nicht vertrieben und dürfen ihren Glauben weiter ausüben.

Minderheit predigt Intoleranz

Durch die Umkehrung der Machtverhältnisse seit etwa 1500 und die Kolonialisierung islamischer Gebiete, stellt sich für Muslime die Frage, wie sie sich gegenüber einer nichtmuslimi-



Mathias Rohe erkennt eine un-differenzierte und verengte Sicht auf den Islam

schen Staatsmacht verhalten sollen. Rohe zeigte, dass hier ein Paradigmenwechsel stattfand: Denn solange der eigene Glaube geschützt war und frei praktiziert werden konnte, galt aus muslimischer Sicht die Verpflichtung, der weltlichen Staatsmacht zu gehorchen. Dieses Staatsverständnis ist laut Rohe problemlos mit einem modernen und demokratischen Rechtsstaat vereinbar und die Definition von Jihad wird heute weitestgehend defensiv als nationale Verteidigung oder im verinnerlichten Sinne als der je eigene Kampf gegen das Schlechte im Menschen selbst verstanden.

Es gibt allerdings auch eine kleine, vor allem in Saudi-Arabien vertretene Minderheit von Muslimen und Gelehrten, die sich durch eine extreme Intoleranz gegenüber anderen muslimischen Ausrichtungen und gegenüber Nicht-Muslizen definiert. Im öffentlichen

Diskurs wird häufig nur diese Minderheitenmeinung wahrgenommen, was – sehr zum Bedauern Rohe – zu einer undifferenzierten und verengten Sicht auf den Islam und sein Verhältnis zur Gewalt führt. Rohe unterstrich die Notwendigkeit einer islamischen Theologie, die zeitgemäße Antworten findet und der großen Mehrheit der Muslime eine Stimme gegen extremistische Positionen verleiht.

Demokratie und Religion

Aus politikwissenschaftlicher Sicht beleuchtete Karsten Fischer von der Universität München das Verhältnis von Religion und Politik. Das neuzeitliche europäische Politikverständnis als Erbe der griechischen Antike ist



Karsten Fischer: Religiöser Fundamentalismus als anti-moderne Bewegung gegen den Verfassungsstaat

stark durch den Autonomiedenkend und die Beteiligung aller Bürger an der politischen Entscheidungsfindung geprägt. Damit die Selbstgesetzgebung durch die Bürger gelingen kann, müssen diese sich von den Göttern als Schicksalsgeber emanzipieren. Diese Auffassung der Legitimität von Herrschaft wird, so Fischer, im Mittelalter durch das Gottesgnadentum ersetzt und die Idee einer Autonomie und Vernunft herrschaft wird dadurch obsolet.

Erst die Reformation trennt die beiden Sphären des Politischen und des Religiösen wieder voneinander und verdeutlicht die Notwendigkeit des neu-

zeitlichen Staates als derjenigen Instanz, die konkurrierende Geltungsansprüche autoritativ lösen kann. Den Übergang zum liberaldemokratischen Verfassungsstaat bezeichnete Fischer in dieser Tradition als völlig neuartigen Schritt, da die Politik hier etwas tut, was ihr bisher völlig fremd war: Der Staat beschränkt sich selbst, indem er sich an eine Verfassung bindet.

Religion als Privatsache

Damit wird aus dem Spannungsverhältnis von Politik und Religion ein komplementäres Verhältnis; die Trennung lässt keine Schnittmengen übrig. Religionsfreiheit wird garantiert und Religion als Privatsache verstanden. Dass diese Trennung in der konkreten Umsetzung nicht unproblematisch ist, verdeutlichte Fischer am Beispiel des religiösen Fundamentalismus.

Für Fischer ist der Fundamentalismus eine anti-moderne Bewegung gegen den liberaldemokratischen Verfassungsstaat, dessen Verzicht auf letztbindende und letztbegründende Entscheidungen aus fundamentalistischer Sicht fatal ist.

Die Herausforderung für die Zukunft liegt laut Fischer darin, dass man nicht nur vom modernen Staat verlangen müsse, die rechtsstaatlichen Beschränkungen auf Dauer zu gewährleisten, sondern zugleich von den Religionen fordern müsse, Liberalismus auszubilden. Keine Religion sei per se mit Liberalismus oder Demokratie kompatibel, dennoch seien eine liberale Wendung und ein Bekenntnis zum Verfassungsstaat durchaus möglich, wenn entsprechende Austauschprozesse zwischen Politik und Religion stattfänden, was ein Blick auf Katholizismus und Protestantismus in Deutschland zeige. Fischer plädierte dafür, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Religion zu fördern und die Bedingungen für ein liberaldemokratisches Verhältnis von Politik und Religion zu analysieren. ■

Monika Platz / Michael Spieker

Neue Interpretationen des Ersten Weltkriegs

Das Gedenkjahr im Spiegel von Akademietagungen

Wie hat sich unser Bild vom Ersten Weltkrieg in den vergangenen Monaten doch verändert! Lange Zeit dominierte die Einkreisungstheorie, wonach sich das Deutsche Reich von den Alliierten derart bedrängt fühlte, dass die politische Führung in Berlin keinen anderen Ausweg mehr zu sehen schien als die Entfesselung eines Krieges, der sich zum globalen Flächenbrand ausweiten sollte. Diese bequeme Deutung, die zugleich die deutsche Schuld am Kriegsausbruch überschaubarer machen sollte, wurde Anfang der sechziger Jahre durch den Historiker Fritz Fischer gehörig durcheinander gewirbelt. Fischer sah eine gezielte Politik des Deutschen Reiches zum „Griff nach der Weltmacht“. Für Berlin sei deshalb die Julikrise 1914 nach der Ermordung des Thronfolgers von Österreich-Ungarn, Erzherzog Franz Ferdinand, ein willkommener Anlass gewesen, die eigenen Ziele in die Tat umzusetzen. Fischer sah aus diesem Grund im Deutschen Reich den maßgeblichen Verantwortlichen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Jahrzehntelang schien diese in der Folgezeit teilweise modifizierte Ansicht in Stein gemeißelt. Doch auch die vermeintlich feststehenden Aussagen werden in der Geschichtswissenschaft immer wieder hinterfragt. Das allein ist schon beruhigend für die beruflichen Zukunftsperspektiven der Historikerzunft, da sich so kein Endzeit-Zustand einstellt.

Nachdem sich also lange Zeit das Deutsche Reich unschuldig eingekreist fühlen konnte und in der Folge mit Volldampf voraus in den Eroberungskrieg marschierte, schlafwandeln nun alle europäischen Mächte gleichsam in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. So behaglich dieses letztere Bild im ersten Moment daherkommen mag, so erweckend waren die Thesen, die der australische Historiker Christo-

pher Clarke kürzlich in seinem Buch „Die Schlafwandler“ präsentierte. Auch wenn der Fachwissenschaft die Sachverhalte seit langem vielfach bekannt waren, wurde nun einer breiteren Öffentlichkeit der Stand der Forschung nahegebracht. Nicht mehr einzelne Staaten werden zum Sündenbock gemacht oder gänzlich entlastet. Clarke untersuchte vielmehr gleichwertig die Hauptakteure auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg. Dabei zeigt er auf, wie sehr die einzelnen Regierungen davon überzeugt waren, selbst friedliebend zu sein, jedoch aufgrund des Handelns der Feindmächte dem Zwang zur Egreifung militärischer Mittel ausgesetzt zu sein schienen. Ohne die zentrale Rolle des Deutschen Reichs beim Schlafwandeln in den Krieg zu minimieren, rücken erstmals scheinbar nebensächliche Akteure ins Zentrum der Aufmerksamkeit – so etwa Serbien, das eine treibende Kraft bei der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand war.

Unterschiede

Ausgehend von den neuen Forschungsansätzen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges beteiligt sich unsere Akademie mit zahlreichen Veranstaltungen intensiv an diesem Gedenkjahr. Den Auftakt bildete eine Veranstaltung mit dem Titel „1914 in der europäischen Geschichte“, es folgten und folgen weitere Veranstaltungen.

Insgesamt wurde in Tutzing bewusst der Blick geweitet, um den Ersten Weltkrieg als Teil der europäischen Erinnerungskultur zu begreifen. Hier wurden bedeutsame Unterschiede deutlich: Während in Deutschland der Zweite Weltkrieg verständlicherweise eine weit größere Rolle spielt, hat die *Grande Guerre* in Frankreich oder der *Great War* in Großbritannien eine grundlegende Bedeutung. Anders aber als bei vorherigen Jahrestagen rückt

nunmehr auch die gemeinsame Erinnerung aller Kriegsteilnehmer in den Mittelpunkt. Dabei besteht der große Unterschied jedoch weiterhin darin, dass in Deutschland aus gutem Grunde keine politische Instrumentalisierung des Ersten Weltkrieges erfolgt. Ganz anders etwa in Frankreich, das aktuell durch eine grundlegende wirtschaftliche und politische Krise betroffen ist. In Paris erklärte Präsident Hollande im Rahmen der Auftaktveranstaltung zum *Centenaire de la Guerre de 14-18*: „Frankreich muss Vertrauen in sich selbst haben, in seine Geschichte, in seine Kraft, in seine Stärken, in sein Schicksal.“

Neue Aspekte

Neben erinnerungspolitischen Fragen widmeten sich die Debatten in Tutzing auch Aspekten, die in der Weltkriegsforschung bisher weniger Beachtung gefunden haben. So wird etwa die Rolle von ethnischen „Säuberungen“ als moderner Gewaltpolitik noch nicht ausreichend beachtet. Am bekanntesten ist in diesem Zusammenhang der Genozid an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich.

Gewalt gegen Zivilisten zeigte sich zu Beginn des Weltkrieges aber bei allen Offensiven, so insbesondere während des deutschen Einmarsches in Belgien, im Rahmen der russischen Eroberung von Teilen Ostpreußens sowie beim österreichisch-ungarischen Vorgehen auf russischem oder serbischen Gebiet.

Die westlichen Alliierten waren in jener Zeit notgedrungen ausschließlich defensiv orientiert. Allein ein kurzer Vormarsch französischer Truppen auf deutsches Territorium im Sommer 1914 zeigte in Ansätzen ähnliche Tendenzen des modernen Krieges, der vor Gewalt gegen Zivilisten nicht Halt macht. Umfassende ethnische Säube-

rungen fanden daneben vor allem dann statt, wenn die militärische Führung in die Defensive geriet. So wurde etwa die jüdische Bevölkerung im russischen Reich an der Grenze zu Österreich-Ungarn als deutschfreundlich vertrieben. Aus ähnlichen Gründen wurden die Armenier Opfer des osmanischen Vorgehens.

Ethnische Säuberungen

In Tutzing wurde dabei insbesondere diskutiert, inwieweit koloniale Gewalt das Verhalten der Kriegsparteien beeinflusst hat. Dabei zeigte sich, wie sich das Wissen über die Anwendung von Repressalien zur Bekämpfung von Aufstandsbestrebungen in den Kolonien zwischen den einzelnen Mächten ausbreitete. So wurde etwa das Vorgehen der spanischen Kolonialherren gegen die Unabhängigkeitsbewegung auf den Philippinen am Ende des 19. Jahrhunderts von europäischen und amerikanischen Beobachtern aufmerksam verfolgt. Als in der Folge die USA 1898 dieses Gebiet von Spanien eroberten, wurden vergleichbare Maßnahmen auch von amerikanischen Soldaten gegenüber der aufbegehrenden indigenen Bevölkerung umgesetzt.

Ethnische Säuberungen, Deportationen von Bevölkerungsgruppen und die Zerstörung der Nahrungsmittelgrundlagen waren dabei übliche Methoden zur Unterdrückung unliebsamer Aufstandsbestrebungen. Diese wurden in analoger Weise bspw. von der britischen Regierung in Indien oder dem Deutschen Reich in Südwestafrika (Herero-Aufstand 1904 bis 1908) angewandt.

Während des Burenkrieges um die Jahrhundertwende wurden diese Gewaltmaßnahmen von der britischen Kolonialmacht erstmals auch gegen weiße Einwanderer eingesetzt. Europäische Siedlerfamilien, die verschiedene Burenrepubliken im südlichen Afrika gegründet hatten und keine britische Oberhoheit anerkennen wollten, wurden in „Concentration Camps“ verbracht, ihre Farmen und Felder zerstört, um der Aufstandsbestrebung die Nahrungsmittelgrundlage zu entziehen.

Diese Erfahrungen sollten wenige Jahre später auch während des Ersten Weltkrieges in Europa zum Tragen kommen.

Osteuropa im Fokus

Im Rahmen der Tutzinger Sommerakademie wird Anfang August die Periode der Weltkriege zwischen 1914 und 1945 als zusammenhängende Epoche gewertet. Damit soll ein ganz anders gearteter Blick auf Kontinuitätslinien und Brüche jener Zeit ge-

und das deutsch-russische Museum Berlin-Karlshorst beteiligt ist, im russischen Woronesch an der Mündung des Don statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung, die sich dem Ersten Weltkrieg und der „langen Nachkriegszeit“ in Mittelosteuropa bis 1933 widmet, rückt der Osten Europas in den Mittelpunkt. Dies ist von besonderer Bedeutung, da die östliche Front in der Forschung lange Zeit übersehen wurden ist. Zudem sind Krieg und Revolutionswirren in Mittelosteuropa untrennbar miteinander verwoben.



Toten-Sammel-Kommando in den Gräben von Langemark, in der Provinz Westflandern. In Langemark befindet sich auch eine deutsche Kriegsgräberstätte, die überdurchschnittlich viele Kriegstote des Ersten Weltkrieges beheimatet, die sich freiwillig für den Kriegsdienst meldeten

Foto: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

worfen werden. Zu diesem Zweck versammeln sich amerikanische, europäische und deutsche Wissenschaftler in Tutzling, um insbesondere über Fragen der Gewalt und der Transformation von Räumen in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu diskutieren.

Im September wiederum findet die diesjährige Tagung der deutsch-russischen Historikerkommission, an der neben der Akademie und verschiedenen russischen Universitäten auch etwa die Bundesstiftung Aufarbeitung

Die Bandbreite der Vorträge reicht dabei von den deutschen Versuchen während des Ersten Weltkrieges, mit der Ausrufung des Heiligen Krieges in Afghanistan und im Kaukasus das russische Reich an seinen Rändern zu schwächen, bis hin zu Vergleichen der Revolutionsepoke der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland und Russland. ■

Michael Mayer

Gästehaus der Akademie wurde 40

Am 29. März 1974 war es endlich soweit: Die lang ersehnte Eröffnung des neuen Gästehauses der Akademie wurde mit einem Empfang gefeiert, zu dem der damalige Akademiedirektor Manfred Hättich rund 110 Ehrengäste begrüßen konnte.

Bereits bei Hättichs Amtsantritt 1970 war der Bau weitgehend geplant. Bis dahin standen für die Unterbringung der Tagungsgäste ausschließlich das erste und zweite Obergeschoss des Altbau (die sog. „Klenzevilla“) zur Verfügung. Für die meisten Teilnehmer bedeutete dies die Unterkunft in Zwei-, Drei- oder gar Vierbettzimmern – auf eher rustikalem Jugendherbergsniveau. Das Sekretariat der Akademie musste sich mit einem ein-

Dies alles änderte sich mit der Inbetriebnahme des neuen Gästehauses. Die Akademiegäste sind nun in hellen Zimmern mit eigenem Bad untergebracht. Die Kapazität beläuft sich seither auf 72 Teilnehmer, die auf 48 Einzel- und 12 Doppelzimmer verteilt werden können.

Der Neubau führte zu einer annähernden Verdoppelung der jährlichen Tagungen. In der Regel finden seither

konnten weitere Seminar- und Gruppenräume eingerichtet werden. So fällt denn auch die erste Bilanz von Manfred Hättich im Bericht an das Kuratorium durchweg positiv aus:

„Insgesamt kann man nach dem ersten Semester der Inbetriebnahme des Gästehauses sagen, dass die Akademie hinsichtlich ihrer räumlichen, arbeitsmäßigen und vor allem unterkunftsmäßigen Verhältnisse einen wichtigen Schritt nach vorne getan hat. Die Unterbringung der Gäste findet überall großen Anklang.“

Aber auch Kritisches gibt es anzumerken: Ausgeführt im typischen Baustil der siebziger Jahre passt sich das neue Bettenhaus weder von seiner Architektur noch von seiner Dimensionierung her dem Altbau der Villa an. Auch unter Aspekten der Energieeffizienz ist das Gebäude nicht gerade als richtungsweisend anzusehen.

Für erhebliche Beeinträchtigungen über mehrere Monate hinweg sorgten die Brandschutzmaßnahmen im Jahr 2003. Die umfangreichen und kostspieligen Baumaßnahmen betrafen vor allem das Gästehaus und das Foyer der Akademie. Der gesamte Tagungsbetrieb musste erheblich reduziert werden. Ein halbes Jahr blieb das Bettenhaus geschlossen und Gäste mussten Absagen, Verlegungen und auswärtige Unterbringung in Kauf nehmen.



Das neue Gästehaus 1974

Foto: privat

zigen Raum begnügen. Auch verfügen die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in jedem Falle über Einzelbüros. Die Möglichkeit, ein Seminar in kleinere Gruppen aufzuteilen, war außerordentlich beschränkt.

parallel zwei Veranstaltungen statt, die auch in Kleingruppen aufgeteilt werden können.

In die bisherigen Gästezimmer im Altbau wurden Büros verlegt, die in den Pavillons untergebracht waren. Hier

Im Zuge dieser Maßnahmen wurde der gesamte Bau mit Internetzugängen versorgt. Seit März 2014 steht unseren Gästen auch ein drahtloser Internetzugang über W-LAN auf den Zimmern zur Verfügung. ■

Steffen H. Elsner

Christiane Reinert in der MAINPOST vom 14. Februar 2014:

Ihr seid Israel – was würdet ihr tun?

In einem Schülerforum konnten sich Schüler über den Nahost-Konflikt informieren und diskutieren

Wenn verschiedene Kulturen und Religionen aufeinandertreffen, geht es nicht immer gut aus: Schon seit Jahrzehnten kämpfen Israelis und Palästinenser um das Land zwischen Jordan und Mittelmeer. Auch die endlos geführten Friedensverhandlungen führten bisher zu keiner Einigung. Für die Juden ist es nach der Bibel das heilige Land. 1948 gründeten sie dort ihren Staat Israel. Für die Palästinenser ist es ihre Heimat, auch sie machen Ansprüche auf das Land geltend. Der Nahost-Konflikt schwelt seit Jahrzehnten, und ist das Spezialthema von Michael Ingber.

Sechs bis acht Mal im Jahr hält der Gastdozent der Akademie für Politische Bildung Tutzing das Schülerforum zum Thema Nahost-Konflikt an bayerischen Schulen ab. Gewöhnlich wird das Thema vor allem an der gymnasialen Oberstufe unterrichtet und findet eher selten den Weg in die Klassenzimmer von Fachgymnasien oder Fachoberschulen. Diesmal aber hat das dreitägige Forum an der staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule stattgefunden. „Wir wollen den Schülern einen Blick weg aus Deutschland zeigen“, sagt Oberstudienrätin Corinna Lindacher von der Friedrich-Fischer-Schule.

Mit einem Einstiegsvortrag klärt der Israeli Michael Ingber über die Geschichte des Konfliktes und die derzeitige Situation zwischen Israel und Palästina auf. Dabei will der 68-Jährige vor allem eins vermitteln: Dass der Nahost-Konflikt eine Relevanz für das eigene Leben hat. „Zum Beispiel verschickt Deutschland Waffen nach Israel“, sagt Ingber. Aber auch in an-

deren Bereichen hat der Konflikt Einfluss auf unser Leben, wie beispielsweise auf Überwachungskonzepte. Das allgemeine Ziel des Schülerforums, sagt Ingber: „Die Schüler sollen lernen, kritisch zu denken, Medien und Begrifflichkeiten zu hinterfragen, um genauer über den Konflikt reden zu können.“ Am Ende des Forums rückt ein Planspiel in den Vordergrund, auf das sich die Schüler zwei Tage vorbereitet haben.

Verhandlungen sind schwer

In einem Plenum sollen die Schüler über die Zukunft und Schlichtung des Nahost-Konfliktes diskutieren. Dazu vertreten sie jeweils verschiedene Gruppen und Länder. „Die Gruppen wurden vorher ausgelost“, sagt Schüler Philipp Memmelt, der im Planspiel als Vertreter der Hamas agiert. Im Vor-

feld musste er sich mit seiner Rolle auseinandersetzen und hat in seinen Recherchen festgestellt: „Die Hamas hat sich in der Zeit gewandelt – weg von der radikalen Sicht hin zu einer diplomatischen.“

Dozent Ingber ist zufrieden mit der Leistung der Schüler: „Sie haben sich mit den Akteuren und den Themen auseinandergesetzt. Und festgestellt, dass sie nicht alles bekommen, was sie wollen, denn Verhandlungen sind schwierig.“

Ein anderes Ziel des Planspieles war, dass die jungen Erwachsenen lernen, in „Debatten rhetorisch besser zu argumentieren“, sagt der Dozent. Zudem ist er positiv beeindruckt, dass die Schüler in kurzer Zeit ein tiefes Verständnis für das Thema entwickelt haben.

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG vom 18. Februar 2014:

Jugendliche simulieren Nahost-Konflikt

Bei Projektwoche setzten sich Schüler mit Problem in Israel auseinander

... Mit Impulsreferaten und wohltuend differenziert erläuterte Dozent Ingber den geschichtlichen Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts und die aus den zahlreichen Verträgen resultierenden Probleme. Mit diesem Grundwissen und vielen Materialien konnten sich die Jugendlichen an die Arbeit machen und sich mit den verschiedenen Aspekten auseinander setzen.

Bei dem Planspiel „Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern“ schlüpften sie in die Rollen verschiedener Akteure, wie zum Beispiel der israelischen Regierung, der politischen Linken in Israel, den arabischen Parteien in Israel, den Mainstream Medien, der jüdischen Diaspora, der palästinensischen Autonomie-Regierung in den West Banks mit PLO und Fatah, der Hamas Partei in Gaza, den Parteien

der palästinensischen Zivilgesellschaft, den Flüchtlingen, der Weltgemeinschaft (USA, EU, UNO, Arabische Staaten) und diversen Nichtregierungsorganisationen.

Nicht leicht war die Identifikation der Schüler mit der jeweiligen Gruppe und dennoch entwickelten sie kreative Strategien, um ihre Ziele durchzusetzen. Im ersten Schritt trafen sich alle Parteien am Konferenztisch, stellten sich vor, legten ihre Basis-Positionen dar und erläuterten, was sie von den Verhandlungen erwarten.

Die direkt verhandelnden Gruppen, koordiniert durch einen Mediator, unterstützten ihre Argumentation auch mit Landkarten oder Powerpoint-Präsentationen und es war teilweise sehr realitätsnah, wie unterschiedliche Meinungen innerhalb der gleichen Organisation geäußert wurden.

Die Realschüler erkannten, dass es sehr wohl verschiedene Wahrheiten geben kann und dass einfache Lösungen nicht möglich sind. Der lange Weg zu einem dauerhaften Frieden führt

wohl nur über verständnisbereite Gespräche auf Augenhöhe zwischen Israelis und Palästinensern. Wichtig wäre auch, dass schon die Kinder auf beiden Seiten zu Frieden und Toleranz erzogen werden.

Am Ende der Verhandlungen fand nach intensiven Diskussionen ein endgültiges Friedensabkommen die Mehrheit: Eine Zweistaatenlösung mit Jerusalem als Hauptsitz für beide Völker.

MÜNCHNER MERKUR vom 5. April 2014:

Oettinger warnt vor selbstzufriedenen Nationalstaatspredigern

EU-Energiekommissar kritisiert umfassende Angst der Bürger vor Modernisierung –
Mehr „europäisch denken“

Sind in Deutschland, vor allem in Baden-Württemberg und Bayern, „selbstzufriedene Nationalstaatsprediger und Fortschrittsverweigerer“ auf dem Vormarsch? Beim Jahresempfang der Akademie für Politische Bildung Tutzing gemeinsam mit der Europa-Union München, der Griechischen Akademie, den Jungen Europäern München und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung kritisierte der frühere Stuttgarter Ministerpräsident vor 250 Gästen aus Politik und Wirtschaft im Vorfeld der Europawahlen fehlendes Verantwortungsbewusstsein für ganz Europa: „Wollen wir nur Wohlstand für unsere Generation und in unserer eigenen Ackerfurche, dann brauchen wir Europa nicht. Wollen wir aber globale Autorität ausüben, gegenüber den USA und China, dann müssen wir europäisch denken.“ Ohne eine gemeinsame Linie in der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik, so Oettinger, „hätte Putin in der gesamten Ukraine leichtes Spiel ge-

habt“. Vor diesem Hintergrund verteidigte er auch die eigentlich zu frühe Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU: „Sonst würden die jetzt zapeln wie die Ukraine.“

Europas Stärke, Schwäche und Reformbedarf zeigen sich nach Meinung Oettingers in drei einfachen Zahlen: sieben Prozent der Weltbevölkerung leben in Europa, sie erarbeiten 25 Prozent der wirtschaftlichen Leistung und sind verantwortlich für die Hälfte der weltweiten Sozialprogramme. „Vor diesem Hintergrund erscheint mir die deutsche Sozialpolitik verantwortungslos“, sagt Oettinger. Mit einer Rente mit Anfang 60, einem Mindestlohn für alle Branchen und der Verleugnung der sinnvollen Agenda 2010 lasse sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht erhalten. Deutschland drohe wieder zum kranken Mann Europas zu werden. Gerade in Bayern („ein besonderes Glückskind des europäischen Wohlstands“) forderte Oettinger mehr Re-

spekt für alle Einwanderer ein, die mit großem persönlichen Einsatz oft die Lücken füllten, die eine veraltete deutsche Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt.

Die zurückhaltende und grantelnde süddeutsche Seele sorgt beim deutschen EU-Kommissar mittlerweile für Staunen und Besorgnis: Man kritisiere Olympische Spiele in Sotschi, die Fußball-WM in Katar, verweigere gleichzeitig aber der Sportjugend der Welt ein Großereignis in München. Man wolle keine Nachtflüge über Frankfurt, keine dritte Startbahn am Flughafen München, kein Stuttgart 21, keine Windkraft und keine neuen Stromtrassen.

Oettinger eindringlich: „In der Angst der Bürger vor Innovation, Modernisierung und Investition steckt eine große Gefahr für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns, Deutschlands und Europas.“

(siehe Bericht Seite 3)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

23-2* 3. – 6. Juni

Fortbildung Internationale Politik: Koordinaten einer neuen Weltordnung

In Zusammenarbeit mit dem Systemzentrum Luftfahrzeugtechnik Penzing

Leitung: Anja Opitz / Herbert Meßner / Jochen Fröschle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-1* 4. – 6. Juni

Internationale Akademie: Poverty, Social Exclusion and Income Inequality

Dynamics in Central and Eastern Europe Sixth Joint IOS/APB/EACES

Summer Academy on Central and Eastern Europe

In Kooperation mit dem Institut für Osteuropa- und

Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaisser / Ekaterina Selezneva / Jürgen Jerger

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über das IOS Regensburg

24-1* 12. – 15. Juni

Tutzinger Nachwuchssakademie: USA verstehen?

Interdisziplinäre Kooperationstagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes

Leitung: Andreas Kalina / Peter Kainz

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

25-2* 16. – 18. Juni

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Leitung: Jörg Siegmund / Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

25-4 18. – 20. Juni

Zwischen Akzeptanz und Toleranz –

Die Beziehungen der westlichen zur arabischen Welt

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund

Leitung: Anja Opitz / Hanne Egger

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-1 20. – 22. Juni

Retreating from the World? U.S. Foreign Policy during the Obama Presidency

In Kooperation mit der Universität Erlangen-Nürnberg und der TU Kaiserslautern

Leitung: Anja Opitz / Andreas Falke / Jürgen Wilzewski

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

25-5 22. Juni

17. Passauer Tetralog

Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-1* 23. – 27. Juni

Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Chance und Herausforderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jörg Siegmund / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

26-2* 23. – 27. Juni

Wertebildung im Biologieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

26-3 27. – 29. Juni

Politische Bildung in der digitalen Wissensgesellschaft

Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Juli

27-1 1. – 4. Juli

Philosophical Method in Chinese and German Philosophy

In Kooperation mit der Gesellschaft für Interkulturelle Philosophie

der Universität zu Köln und der Sihai Confucius Academy, Beijing

Leitung: Michael Spieker / Claudia Bickmann / Christian Krijnen

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

27-2 4. – 5. Juli

Forum Verfassungspolitik: Freiheit und Sicherheit

Leitung: Ursula Münch / Hans-Jürgen Papier / Gero Kellermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-1* 7. – 11. Juli

Werteerziehung im Chemieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-2* 7. – 11. Juli

Fakultas Sozialkunde: Internationale Politik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

6. Sequenz / 3. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

28-4 11. – 13. Juli

Welt im Wandel: 1989 als globales Epochenjahr

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

30-1* 21. – 25. Juli

Fakultas Sozialkunde: Fachdidaktik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

5. Sequenz / 5. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

30-2* 24. – 26. Juli

Aktives Demokratielernen – Impulse für den Berufseinstieg

Fortbildung für Referendare der Sozialkunde an Gymnasien

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der

Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Leitung: Michael Schröder / Bernhard Hof

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

30-3 25. – 27. Juli

Bilder einer Gesellschaft – Die Schwierigkeiten der Selbstverortung

Leitung: Andreas Kalina

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

30-5 26. Juli

Akademiegespräch am See:

Der Autorenfilm und die Kraft der Illusion. Das Kino im gesellschaftlichen Wandel

u.a. mit Edgar Reitz und Tom Tykwer

In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival

Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Matthias Helwig

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

31-3* 30. Juli – 1. August

Workshop Denken am See:

Gute Bildung, gute Arbeit – Innovationen für ein gelungenes Leben

In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk

Leitung: Wolfgang Quaisser / Thomas Ressel / Gerhard L. Endres / Klaus Heimann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Erhöhte Tagungsgebühr

31-2 1. – 4. August

Tutzinger Sommerakademie:

Terrortimes, Terrorscapes?

Continuities of War and Genocide in 20th Century Europe

In Kooperation mit der Arizona State University

Leitung: Michael Mayer / Volker Benkert

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt im Rahmen des Neujahrsempfangs des Frauenunion-Kreisverbandes Fürstenfeldbruck den Festvortrag über „Krisensymptome? Populisten und politische Apathie als Herausforderungen für Europa“. Vor dem Verein „Sicherung des Friedens e.V.“ referierte sie am Beispiel Energiepolitik zum Thema „Verteilungsgerechtigkeit – eine Herausforderung für die Politik“. Das Thema „Die bürgerliche Lust am Widerstand. Warum Infrastrukturprojekte scheitern und was wir tun können, damit sie erfolgreich sind“ war Gegenstand eines Vortrags vor dem Club Alpha Ulm + Neu Ulm e.V.. Unter der Überschrift „Große Koalition in Berlin, Alleinregierung in Bayern“ diskutierte sie in der vhs SüdOst mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Beirats der Akademie, Herrn Karl Heinz Eisfeld. Bei den „Dillinger Europatagen – Europa verstehen, vermitteln und gestalten“, einer Veranstaltung der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen in Kooperation mit der Europäischen Kommission (Vertretung in München) und der Akademie für Politische Bildung Tuttlingen, hielt sie den Eröffnungsvortrag zum Thema „Europäische Integration zwischen Europa-romantik und Ermüchterung“ und nahm außerdem an der Podiumsdiskussion „Europa wohin?“ teil. An der Universität der Bundeswehr München hielt sie im Frühjahrstrimester 2014 ein Seminar im Bachelorstudiengang zum Thema: „Parteiensystem im Wandel“ ab.

Sie ist Mitglied der vom Bayerischen Landtag neu eingesetzten Abgeordnetenrechtskommision. Im Vergleich zum Vorgängergremium, der „Diätenkommission“, wurde die Anzahl der Kommissionsmitglieder von sieben auf neun erhöht und deren Kompetenzen erweitert. Beispielsweise wird sie als Ratgeber des Landtags in Angelegenheiten des parlamentarischen Mandats tätig werden.

KOLLEGIUM

Dr. Andreas Kalina sprach anlässlich der Dillinger Europatage über „Europa im Demokratiedilemma: Die Herausforderungen der Herrschaft in der Europäischen Union“. Ebendort debattierte er die Möglichkeiten, durch Planspiele und Politiksimulationen Europakompetenzen zu vermitteln. In Berg referierte und diskutierte er anlässlich der nahenden Europawahl über die Bürgerferne der EU und mögliche Auswege. Im Sommersemester 2014 gibt Andreas Kalina als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „EU 2030: Reformbedarf und -konzepte für die Europäische Union“.

Dr. Michael Mayer referierte an der Universität Bielefeld zum Thema „Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Antisemitismus in Frankreich. Das Beispiel der französischen Rassengesetzgebung vom Oktober 1940“. Im Sommersemester 2014 gibt er an der Universität Augsburg ein Seminar zum Thema „Berliner Mauer, Flower-Power und Woodstock: Kalter Krieg und gesellschaftliche Umbrüche in den sechziger Jahren“.

Dr. Anja Opitz nimmt teil an einem international ausgeschriebenen *International Visitor Leadership Program „U.S.-European Security Issues“*. Das Programm offeriert den Teilnehmenden die amerikanische Perspektive über zentrale Sicherheitsrisiken, mit denen sowohl die USA als auch Europa umgehen müssen. Dabei werden die Teilnehmer unter anderem in Washington vertiefte Gespräche mit Experten über Themen der Energiesicherheit, der Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen, dem Counterterrorismus, der Transformation im Nahen und Mittleren Osten, der Homeland-Security sowie über die Beziehungen zu Russland und China und über die transatlantische Sicherheitsarchitektur führen können. Im Sommersemester 2014 hält sie zudem an der Universität Innsbruck eine Vorlesung und ein Seminar über die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Dr. Michael Schröder referierte im Goethe-Institut München über aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen in Deutschland sowie über entsprechende Initiativen der Großen Koalition.